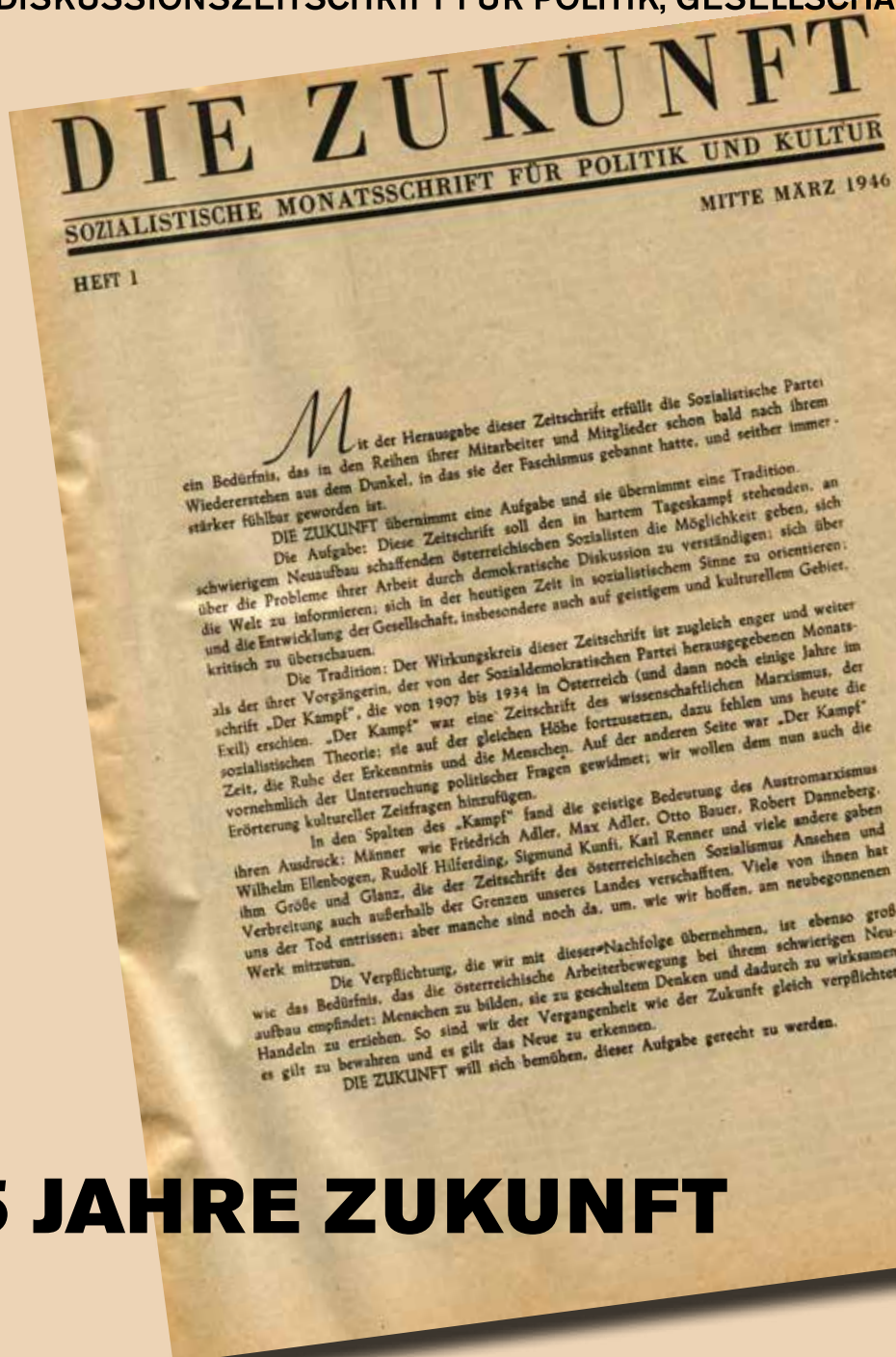


ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



75 JAHRE ZUKUNFT

Festschrift für die ZUKUNFT
Caspar Einem

Integrationspolitik der Zukunft
Sieglinde Rosenberger

**Gemeinsinn und gesellschaftlicher
Zusammenhalt**
Thomas Nowotny

**Wir müssen die Klassen immer
wieder in Frage stellen ...**
Interview mit Gerhard Schmid

EDITORIAL

75 Jahre ZUKUNFT

ALESSANDRO BARBERI UND HEMMA PRAINSACK

Als Mitte März 1946 die erste Ausgabe von DIE ZUKUNFT – *Sozialistische Monatsschrift für Politik und Kultur* erschien, begann die österreichische Sozialdemokratie nach dem „Dunkel des Faschismus“ und parallel zum Aufbau der Zweiten Republik an die große Tradition des Austromarxismus anzuschließen. Mit Adelheid Popp, Max Adler, Käthe Leichter, Otto Bauer oder Rudolf Hilferding hatte sich diese spezifisch österreichische Form des Marxismus u. a. zwischen 1907 und 1934 in der sozialdemokratischen Monatsschrift *Der Kampf* ein unvergleichliches theoretisches und praktisches Niveau gegeben, dem sich die ZUKUNFT von Anfang an verpflichtet fühlte. Ab dem ersten Heft ging es dabei auch um die Reaktivierung der vom Nationalsozialismus zerstörten Arbeiter*innenbildung, durch welche die Menschen erneut zu geschultem Denken und wirksamem Handeln hingeführt werden sollten. Mit eben diesem Ansinnen steht die Redaktion der ZUKUNFT nach dem Neustart in dieser Traditionslinie und sieht diesen Bildungsauftrag als Grundbedingung und Motor ihrer Arbeit. Deshalb freut es uns ganz besonders, mit dieser Ausgabe und gemeinsam mit unseren Leser*innen das 75-jährige Bestehen der ZUKUNFT – *Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur* feiern zu dürfen.

In ihrer Geschichte ist die ZUKUNFT nicht nur das wichtigste theoretische Organ der österreichischen Sozialdemokratie, sondern spiegelt auch im Sinne historischer Quellenlagen die Entwicklung der Arbeiter*innenbewegung und der Sozialistischen bzw. Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Die in der ZUKUNFT geführten Diskussionen sind so aus heutiger Sicht nach wie vor von großer zeitgeschichtlicher Brisanz, da sich ihre Aktualität immer wieder unter Beweis stellt.

Den Reigen unserer Beiträge eröffnet ganz in diesem Sinne eine Festschrift, die **Caspar Einem**, langjähriger Chefredakteur der ZUKUNFT, anlässlich des Jubiläums für dieses Heft verfasst hat. Dabei diskutiert er die Zukunft der ZUKUNFT und den möglichen Beitrag, den unsere Diskussionszeitschrift u. a. angesichts der Krise und Schräglage der Demokratie leisten kann. So steht ihm vor allem die Politikverdrossenheit der Wahlberechtigten vor Augen, die sich von ihren Repräsentant*innen en gros nicht mehr vertreten fühlen. Einem plädiert daher für neue Formen des politischen Engagements, das von unten her an den Bedürfnissen der Menschen orientiert sein muss. In diesem Zusammenhang hebt er auch die zukünftige Rolle und Funktion der ZUKUNFT hervor und betont mit allem Nachdruck, dass es – auch im Blick auf ihre Geschichte – im Rahmen sozialdemokratischer Diskussionen vor allem darum gehen wird, Argumente und Programme in die Basisorganisation von Demokratie einzubringen, um den Vertrauensverlust der Wähler*innen nachhaltig abzubauen.

Den pressegeschichtlichen Kontext der ZUKUNFT fasst dann **Helmut Konrad** zusammen, der die Entwicklung des sozialdemokratischen Pressewesens von *Die Gleichheit* und *Der Kampf* über *Das Kleine Blatt* und die *Arbeiter-Zeitung* bis hin zur ZUKUNFT nachzeichnet und so einen eminent wichtigen Teil der österreichischen Zeitgeschichte in Erinnerung ruft. Im Blick auf die ZUKUNFT hält Konrad fest, dass der größere Teil der Personen, die vor 1934 den sozialdemokratischen Diskurs geführt hatten, entweder dem Nationalsozialismus zum Opfer gefallen waren oder nicht aus der Emigration zurückkamen. Denn die Rückkehr der „Vertriebenen Vernunft“, so Konrad, wurde keineswegs offensiv verfolgt. So konnte die ZUKUNFT

zwar eine angesehene, politische Monatsschrift werden, die jedoch nicht an die herausragende Stellung der Zeitschrift *Der Kampf* heranreichte.

In der Folge erinnert sich **Christian Albert** an seine Zeit als Praktikant in der ZUKUNFT und die Zusammen-, Um- und Aufbrüche in den späten 1980er-Jahren. Diese waren vor allem durch innen- und außenpolitische „tektonische Beben“ gekennzeichnet, welche die Weltpolitik, die innenpolitische Landschaft in Österreich und natürlich auch die SPÖ für immer veränderten. Die Weltpolitik wurde von Ronald Reagan, Michail Gorbatschow und – vor allem wirtschaftspolitisch – von Margaret Thatcher geprägt. Albert erinnert in diesem Zusammenhang an Beiträge von Peter Glotz oder Josef Cap und rekapituliert die Rolle der ZUKUNFT als theoretisches Organ der Sozialdemokratie. Insgesamt stellt der Autor fest, dass die Linke in dieser Zeit, als der Begriff „Neoliberaler“ die Keule „Faschist“ als argumentativer Totschläger ablöste, aus intellektueller Trägheit eine Zukunft verspielte, die heute in und mit der ZUKUNFT wiedergewonnen werden muss.

Im Zusammenhang mit unserer Jubiläumsausgabe freut es die Redaktion der ZUKUNFT ein Interview mit **Gerhard Schmid**, dem Bundesbildungsvorsitzenden der SPÖ, publizieren zu dürfen, das **Hemma Prainsack** und **Alessandro Barberi** am 9. Juni 2021 in der *Wiener Bildungsakademie* geführt haben. Sie unterhalten sich mit ihm u. a. über die Zukunft der ZUKUNFT, soziale Ungleichheit im Bildungsbereich, die Probleme der Digitalisierung und die Rolle der Intellektuellen in der Geschichte der Sozialdemokratie. Was heute links ist wird dabei ebenso in den Fokus gerückt, wie die Rolle und Funktion der Erwachsenenbildung im Rahmen des österreichischen Bildungssystems. Die ZUKUNFT war in diesem Kontext, so Schmid, immer ein unverzichtbares Diskussionsorgan, das wieder näher an die sozialdemokratischen Bildungsorganisationen und die Partei herangeführt werden sollte. Dabei steht ganz im Sinne des Austromarxismus die Aktualität von Bruno Kreiskys Klassenbegriff vor Augen, der das Interview auf allgemeiner ideologischer Ebene rahmt.

Welche programmatische Ausrichtung die ZUKUNFT sichern könnte, diskutiert dann **Thomas Koppensteiner**. Denn in einer Zeit, in welcher der herrschende Diskurs durch neoliberale Dogmen geprägt ist, kann die Sozialdemokratie nur dann wieder bestimmende Kraft werden, wenn es ihr gelingt, eben diesen Diskurs zu verändern und die Hegemonie seiner antisozialen Strategie zu brechen. Koppensteiner fordert daher eine inhaltliche Positionierung der Sozialdemokratie und eine intensive Diskussion möglicher Allianzen und Bündnisse auf breiter gesellschaftlicher Ebene und mit politischen Gruppierungen, die bereits jetzt im österreichischen Nationalrat vertreten sind. Der Beitrag Koppensteiners ist getragen von der Überzeugung, dass eine Renaissance der Sozialdemokratie in Österreich möglich ist, und dass es die SPÖ zu einem guten Teil selbst in der Hand hat, diese Renaissance herbeizuführen.

Friedrich Klocker geht es dann ebenfalls um eine Neuorientierung der Sozialdemokratie, wenn er betont, dass die Reduktion der Vielfalt und Breite politischer Themen auf Randthemen die Sozialdemokratie nach und nach in die politische Bedeutungslosigkeit führt. Seine Überlegungen beinhalten auch eine Erklärung für den Verlust der Gestaltungsmöglichkeit in allen relevanten Bereichen der Politik. Klocker diskutiert dabei Themen wie Arbeit, Chancengerechtigkeit oder die digitale Revolution und liest in diesem Zusammenhang die letzte Publikation von Sahra Wagenknecht aus kritischer Perspektive. Anlässlich unseres Jubiläums wünscht sich der Autor insgesamt, dass die ZUKUNFT ein geeignetes Medium ist, um derartige Fragen in der gesamten Palette der Themen breit und offen zu diskutieren; so wie dies in der Vergangenheit auch der Fall war und im doppelten Sinn des Wortes in der ZUKUNFT sein sollte.

Eingehend diskutiert auch **Thomas Nowotny** mit seinem Beitrag *Gemeinsinn und gesellschaftlicher Zusammenhalt* die jüngste Publikation von Sahra Wagenknecht und fasst zusammen, wie die Politikerin der LINKEN Positionen vertritt, die dem „Völkischen“ und der AfD entsprechen, was ihr schon einen Antrag auf Parteiausschluss eingebracht hat. Dabei distanziert er die vorurteilsbeladenen Attacken gegen „die Lifestyle-Linke“ und „die Links-

Inhalt

liberalen“, um die in diesem Buch diagnostizierte Zerstörung von Solidarität auch in den Ressentiments von Wagenknecht auszumachen. Der Autor thematisiert in diesem Zusammenhang rechtspopulistische Extreme und verteidigt die *Europäische Union* gegen nationalistische Kleinkrämerei. Wagenknecht und die populistische, nationalistische Rechte sind sich dabei auch durch den Gebrauch einer die Gegner*innen herabwürdigenden, denunziatorischen Sprache ähnlich, durch welche diesen Gegner*innen der Anspruch auf Seriosität entzogen wird. Wagenknecht hat damit eben jene Spaltung vertieft, die sie doch eigentlich überwinden wollte, so Nowotny.

Im Sinne einer so vor Augen stehenden ideologischen Diskussion ist es uns anlässlich von 75 Jahren ZUKUNFT ein Anliegen, die integrationspolitischen Überlegungen von **Sieglinde Rosenberger** zu präsentieren. Denn: Integration gelingt, Integration scheitert, Integration ist heftig politisiert, Maßnahmen betreffen eher Kultur und Religion, denn Struktur. Wie könnte eine zukünftige Integrationspolitik angelegt sein, um Teilhabe, Zugehörigkeit und Chancengleichheit, aber auch soziale Kohäsion als Gesellschaft zu erreichen? Welche Politik braucht es, um Verhältnisse zu gestalten, die teilhabendes Verhalten und Handeln ermöglichen? Die Autorin versucht sich in einer pointierten und konzisen Beantwortung dieser Fragen und legt so ebenfalls einen Grundstein für neuartige sozialdemokratische Programmatiken, die wir nur zu gerne in der Zukunft der ZUKUNFT diskutieren wollen.

Dass Kultur und Bildung immer schon Themen waren, die in der ZUKUNFT viel Platz hatten, belegt am Ende dieses Hefts unser Fund aus den Archiven der ZUKUNFT. Denn anlässlich der vorliegenden Jubiläumsausgabe haben die Redaktionsmitglieder **Hemma Prainsack** und **Thomas Ballhausen** mit *Vom Wellengang unserer Literatur* einen passenden, exemplarischen Artikel aus den Anfängen der Zeitschrift als Wiederabdruck ausgewählt und mit einer kritischen Einleitung versehen: Im Zentrum des historischen Essays vom Mai 1946 und aus der Feder von **Otto Koenig** stehen wiederkehrende Fragen um den Stellenwert der Literatur, den Bezügen und Traditionen zur Literaturgeschichte und den Perspektiven der Künste, die das Publikum in einer Form gesamtgesellschaftlicher Mitverantwortung ansprechen wollen – oder auch sollen.

Auch unsere Bildstrecke besteht aus einer Serie, die wir in unseren Archiven gefunden haben. Vom Deckblatt der ersten Ausgabe der ZUKUNFT aus dem Jahr 1946, das am Cover zu sehen ist,

führt der visuelle Weg u. a. zu den Deckblättern von *Der Kampf* oder der *Arbeiter-Zeitung*. Dass die Frauenfrage im Pressewesen der Sozialdemokratie eine eminente Rolle spielte, belegen des Weiteren die ersten Seiten von *Die Unzufriedene* und *Die Frau*. So rahmt auch der Bogen unserer Bildstrecke unser 75-jähriges Bestehen und lädt dazu ein, die Geschichte der ZUKUNFT in die Zukunft zu tragen.

Denn 75 Jahre ZUKUNFT sind auch 75 Jahre Diskussion über Politik, Gesellschaft und Kultur im Rahmen der Sozialdemokratie. Wir hoffen deshalb, dass unsere Jubiläumsausgabe Sie anregt, über die letzten und die nächsten 75 Jahre Sozialdemokratie nachzudenken und verweisen deshalb abschließend auf unser jüngst erstelltes Online-Archiv <https://diezukunft.at/archiv/> ...

Wir senden Ihnen herzliche und freundschaftliche Grüße

Alessandro Barberi und Hemma Prainsack

ALESSANDRO BARBERI

ist Chefredakteur der ZUKUNFT; Bildungswissenschaftler, Medienpädagoge und Privatdozent. Er lebt und arbeitet in Magdeburg und Wien. Politisch ist er in der SPÖ Landstraße aktiv. Weitere Infos und Texte online unter: <https://lpm.medienbildung.ovgu.de/team/barberi/>

HEMMA PRAINSACK

ist Redakteurin der ZUKUNFT; die Theater- und Filmwissenschaftlerin forscht derzeit zur Filmgeschichte im Umbruch zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Davor war sie am Burgtheater Wien und beim ORF tätig.



DECKBLATT DIE ZUKUNFT
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT FÜR
POLITIK UND KULTUR –
HEFT 1 / MITTE MÄRZ 1946

6 Festschrift für die ZUKUNFT

VON CASPAR EINEM

8 Das sozialdemokratische Pressewesen

VON HELMUT KONRAD

14 Die Zukunft der ZUKUNFT

VON CHRISTIAN ALBERT

18 Wir müssen die Klassen immer wieder in Frage stellen ...

INTERVIEW MIT GERHARD SCHMID

26 Zur Renaissance der Sozialdemokratie in Österreich

VON ALEXANDER KOPPENSTEINER

34 „Lifestyle-Linke“ versus „Breitband Sozialdemokratie“

VON FRIEDRICH KLOCKER

38 Gemeinsinn und gesellschaftlicher Zusammenhalt

VON THOMAS NOWOTNY

42 Integrationspolitik in der Zukunft

VON SIEGLINDE ROSENBERGER

46 Vom Wellengang unserer Literatur

VON OTTO KOENIG

AUSGEWÄHLT UND MIT EINER EINLEITUNG VERSEHEN VON THOMAS BALLHAUSEN UND HEMMA PRAINSACK



IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift »Zukunft«, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 **Verlag und Anzeigenannahme:** VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3, Mail: office@vaverlag.at **Chefredaktion:** Alessandro Barberi **Stellvertretende Chefredaktion:** Thomas Ballhausen **Redaktionsassistentz:** Bianca Burger **Redaktion:** Julia Brandstätter, Hemma Prainsack, Katharina Ranz, Constantin Weinstabl **Online-Redaktion:** Bernd Herger **Mail an die Redaktion:** redaktion@diezukunft.at **Cover:** Deckblatt DIE ZUKUNFT – Sozialistische Monatsschrift für Politik und Kultur – Heft 1 / Mitte März 1946 – Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und stellen nicht immer die Meinung von Redaktion, Herausgeber*innen und Verlag dar.

Festschrift für die ZUKUNFT

Die Festschrift von **CASPAR EINEM** hebt die zukünftige Rolle und Funktion der ZUKUNFT hervor und betont, dass es im Rahmen sozialdemokratischer Diskussionen vor allem darum gehen wird, Argumente und Programme in die Basisorganisation von Demokratie einzubringen, um den Vertrauensverlust der Wähler*innen abzubauen ...

I. DIE ZUKUNFT DER ZUKUNFT

Was kann man von der ZUKUNFT verlangen und wer kann etwas verlangen? Man sollte von der ZUKUNFT verlangen, mit Beiträgen, die auf der Höhe der Zeit sind, zur Lösung von Fragen sozialdemokratischer Politik beizutragen. Das heißt einerseits, Befassung mit den zentralen und realen Problemen der Gesellschaft, insbesondere der Gruppen in der Gesellschaft, die auf sich allein gestellt unter die Räder des dynamischen Kapitalismus kämen. Andererseits kann es dabei nicht nur um die thematischen Probleme gehen, sondern, soll die Befassung mit den inhaltlichen Problemen relevant sein, dann muss es auch um die Institutionen, um die institutionelle Frage gehen. Was heißt das?

II. WO DER BEITRAG DER ZUKUNFT LIEGEN KANN

Wir sehen seit Jahren, dass Interessensvertretungen aller Art bei Wahlen nur wenige Mitglieder dazu bringen, auch wirklich zur Wahl zu gehen. Das gilt beispielsweise sehr deutlich für die Wahlbeteiligung bei den ÖH-Wahlen oder bei den Wahlen zu den Arbeiterkammern. Bei der sogenannten „Selbstverwaltung“ in den Sozialversicherungsinstitutionen sind schon gleich gar keine Wahlen der Versicherten vorgesehen, jedenfalls keine direkten Wahlen. Und mittlerweile kränkeln auch schon die Wahlen zu den sogenannten „allgemeinen Vertretungskörpern“, zu Gemeinderat, Landtag, Nationalrat und Wahlen zum Europäischen Parlament. Da wird dann von der Krise der Demokratie gesprochen.

III. ZUKUNFT DER GEMISCHTEN SERVICE- UND POLITISCHEN INSTITUTIONEN

Gibt es ein gemeinsames Problem der genannten Institutionen? Ja. Die Wahlberechtigten fühlen sich in vielen Fällen nicht vertreten. Dennoch sind diese Probleme bei den allgemeinen Vertretungskörperschaften und bei ÖH, AK, ÖAMTC bzw. ARBÖ unterschiedlich gelagert und brauchen unterschiedliche Lösungsansätze. Die vier genannten Institutionen sind alle sowohl Interessenvertretungen, als auch politische Akteur*innen und Service-Organisationen. Den guten (oder schlechten) Ruf, den sie haben, gewinnen sie primär über ihr Serviceangebot und dessen reale Qualität. Fällt die Wahlbeteiligung von Wahl zu Wahl, neigen diese Institutionen dazu, sich sympathischer zu machen, indem sie das Serviceangebot vergrößern und verbessern. Das Problem dabei ist, dass aber nicht leicht zu erkennen ist, warum die Mitglieder bei diesen Institutionen zur Wahl gehen sollen. Die jeweilige Leistung wird von hauptamtlichen Mitarbeiter*innen erbracht. Die sind angestellt und werden nicht gewählt. Die zu Wählenden aber sind nicht die Berater*innen im Alltag. Es ist für die meisten Mitglieder nicht mehr erkennbar, dass es sich um politische Organisationen handelt, die konkrete Interessen vertreten. Aber nur die lohnten die Teilnahme bei der Wahl und das auch nur bei voller Transparenz, so dass sichtbar wird, wofür die einzelnen Kandidat*innen eintreten.

Ich habe schon wiederholt den Vorschlag gemacht, in diesen Institutionen auf Wahlen zu verzichten und stattdessen die Funktionär*innen nach dem Zufallsprinzip aus der Grundgesamtheit der Mitglieder zu generieren. Dann wäre wenigstens die Repräsentativität nicht mehr so leicht infrage zu stellen.

Parteien bzw. Interessengruppen würde es dann immer noch brauchen, um inhaltliche Programme zu erstellen und in der Gesellschaft zu vertreten, Konzepte bekannt zu machen und zu verankern. Dann hätten die nach Zufallsprinzip gefundenen Vertreter*innen außer ihrer persönlichen Überzeugungen auch die Chance, sich an Konzepten zu orientieren, die ihnen geeignet erscheinen. Dies alles zusammen könnte man als gesellschaftliches Bildungsprogramm sehen, ein Programm zur Belebung von Demokratie.

In diesem Feld wird die Funktion und Aufgabe einer Zeitschrift, wie die der ZUKUNFT, auch gleich sichtbar: Argumente und Programme in die Basisorganisation von Demokratie einbringen. Einen Beitrag zur politischen Aufklärung leisten. Helfen, sichtbar zu machen, was der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und anderen politischen Strömungen ist – theoretisch, will heißen Theorie-gestützt.

IV. ZUKUNFT DES ENGAGEMENTS IN DER POLITIK

Nun zu den politischen Vertretungskörpern und zur Funktion der ZUKUNFT: das zentrale Problem im Verhältnis zwischen den Bürger*innen und den demokratisch gewählten Vertretungskörperschaften ist, dass vielfach die Parteien, die letztlich die Volksvertreter*innen stellen, Vertrauen verloren haben. Am schlimmsten trifft Vertrauensverlust die sog. „Moralparteien“, jene Parteien, die immer schon für bestimmte Programmatiken, für bestimmtes Engagement stehen und bekannt sind für ihre politisch-moralische Orientierung. Das sind im Wesentlichen die GRÜNEN und die Sozialdemokratie. Verstöße der Spitzen solcher Parteien gegen die eingeschriebene Moral führen über kurz oder lang zum Vertrauensverlust. Vertrauen aber ist nicht nur eine notwendige Ressource, um erfolgreich Politik machen zu können. Vertrauen ist nur ganz schwer und ganz langsam wiederzugewinnen. Und vor allem nicht durch bloßes Reden, sondern nur über eine entsprechende Aktivität am Boden, von unten her mit konkretem Agieren.

Ein Beispiel: Während der Corona-Zeit startete meine Bezirksorganisation eine Aktion zur Unterstützung der Parteimitglieder im Bezirk, die Hilfe brauchten. Schon für diese Aktivität konnten sowohl Parteimitglieder, als auch andere Engagierte gewonnen werden und eine Gruppe auf Facebook. Ich habe dann vorgeschlagen, die Aktion auszuweiten und alle bedürftigen Bezirksbewohner*innen einzubeziehen,

aber dafür zu sorgen, dass erkennbar bleibt, dass dies eine Aktion der SPÖ ist. So kann man Vertrauen gewinnen – auch zurückgewinnen. Und wenn im gesamten Bundesgebiet Aktionen solcher Art beobachtbar sind, dann wird wieder klar, anhand der Praxis klar, wofür die SPÖ steht.

V. SCHLUSS

Und was wäre die Funktion der ZUKUNFT hier, im Vorfeld der Politik der Partei, der SPÖ? Die Zeitschrift könnte über vergleichbare Aktionen berichten und dazu beitragen, dass gegenseitiges Lernen, gegenseitige Unterstützung stattfindet. Auf dem Weg zu einem besseren Leben für alle – vor allem aber für die, die sich nicht so leicht selber richten können.

Die ZUKUNFT ist im Jänner 2021 mit ihrem neuen Redaktionsteam aufgebrochen, um einen Unterschied zu machen, um einen Beitrag zu leisten. Er soll und kann sowohl im Angebot besserer theoretischer Grundlagen, als auch im Beitrag zur Vernetzung und Befruchtung mit guten Projekten liegen. Dann wäre er relevant.

Und das wünsche ich der ZUKUNFT zum Jubiläum! 

CASPAR EINEM

hat ein vielfältiges, überwiegend politisches Leben geführt und war einige Jahre auch Chefredakteur der ZUKUNFT.

Das sozialdemokratische Pressewesen

Der Beitrag von **HELMUT KONRAD** fasst die Entwicklung des sozialdemokratischen Pressewesens von *Die Gleichheit* und *Der Kampf* über die *Arbeiter-Zeitung* bis hin zur *ZUKUNFT* zusammen und führt so einen eminent wichtigen Teil der österreichischen Zeitgeschichte vor Augen.

I. EINLEITUNG

In den Anfangsjahren der österreichischen Sozialdemokratie kam dem Pressewesen die zentrale Rolle in der politischen Arbeit der Partei zu. Das Abonnement der *Arbeiter-Zeitung* galt als Mitgliedsbeitrag, der an die Partei entrichtet wurde. Die über das Medium Zeitung verbreiteten Botschaften gaben die Inhalte vor und strukturierten die Diskussionen. Presseprodukte waren, neben Versammlungen und Kundgebungen, die einzigen Möglichkeiten, politische Anliegen mit der werktätigen Bevölkerung zu einer wirkungsvollen Massenbewegung zu formen.

Um die Einigung der damals in Fraktionen aufgespaltenen, jungen Arbeiterbewegung herbeizuführen, hatte Victor Adler 1886 *Die Gleichheit* gegründet. Nach deren Verbot und im ersten Jahr der vereinten Sozialdemokratie, erschien die erste Ausgabe der *Arbeiter-Zeitung* zuerst zweimal im Monat, bald darauf wöchentlich und ab 1895 als Tageszeitung. Rasch wurden täglich 15.000 Exemplare verkauft. Da sich Victor Adler nicht wirklich verantwortlich um eine Tageszeitung kümmern konnte, übernahm der junge Friedrich Austerlitz 1895 die Position eines Chefredakteurs, die er bis 1931 erfolgreich und über die Parteigrenzen hinaus anerkannt, innehaben sollte. Mehr als einmal, so etwa im August 1914 oder aber im Juli 1927, griffen die Leitartikel von Friedrich Austerlitz massiv in den Ablauf der Geschichte ein.

Die *Arbeiter-Zeitung* genoss Ansehen, auch in bürgerlichen oder konservativen Kreisen. Karl Kraus war Friedrich Austerlitz in wechselseitiger Achtung verbunden, der Kulturteil der *Arbeiter-Zeitung* wurde breit rezipiert. Die internationalen Kontakte, die Oscar Pollak einbrachte und die sich auf

das Netzwerk der Arbeiter-Internationale von Friedrich Adler stützen konnten, machten die Zeitung auch für ein politisch interessiertes Publikum jenseits der Partei interessant.

In den Bundesländern entstanden, in engem Kontakt zur *Arbeiter-Zeitung*, eigene Parteizeitungen. Diese gab allerdings eindeutig den Ton an. Mit dem zwischen 1907 und 1909 errichteten Vorwärts-Gebäude an der Rechten Wienzeile, hatten Wien und Österreich auch einen repräsentativen Ort, an dem sich die Parteiführung und der Verlag sichtbar ins Stadtbild einschrieben.

Richtete sich die *Arbeiter-Zeitung* als Tageszeitung an einen breiten Kreis von Leser*innen, weit über die Parteimitgliedschaft hinaus, so entstand 1907 um Otto Bauer, Karl Renner und Adolf Braun mit der Monatsschrift *Der Kampf* ein theoretisches Blatt, das bis 1934 erscheinen und zum Organ des Austromarxismus werden sollte. Hier publizieren zu dürfen, galt als intellektueller Ritterschlag, und bis heute kann man sehen, wie sehr die dort geführten Diskussionen weltweit in das Feld der Wissenschaft hineinwirkten. In *Der Kampf* kamen auch praktisch alle Größen der internationalen Arbeiter*innenbewegung zu Wort. Bis heute dienen viele der Beiträge in *Der Kampf* noch als Grundlage für wissenschaftliche Diskurse.

Mit dem *Kleinen Blatt* versuchte die Sozialdemokratie auch Menschen zu erreichen, deren primäres Interesse nicht der Politik galt. Julius Braunthal war ab der Gründung im Jahr 1927 der Chefredakteur und sehr bald wurden 200.000 Exemplare verkauft, nicht immer zur Freude der Redaktion der *Arbeiter-Zeitung*, die sich dadurch in ihrer Verbreitung

auf die Funktionär*innenschicht der Bewegung eingeengt sah. Allerdings schrieben im *Kleinen Blatt* auch die führenden Sozialdemokrat*innen mit.

Die sozialdemokratische Presse konnte in der Ersten Republik zweifelsfrei als politischer Machtfaktor gelten. Die Parteiführung arbeitete in den Redaktionen mit und das Verlagshaus war der Mittelpunkt eines regen Organisations- und Publikationsleben. Die Weltwirtschaftskrise, die Verschärfung der innenpolitischen Auseinandersetzung, die Ausschaltung des österreichischen Parlaments und schließlich die Februartkämpfe beendeten aber letztlich gewaltsam durch die Besetzung des Verlagshauses diese Phase einer intellektuellen und publizistischen Hochblüte. In der Illegalität wurden *Der Kampf* und die *Arbeiter-Zeitung* zwar größtenteils aus der Emigration weitergeführt, aber die Massenbasis war bei den Leser*innen weggebrochen. Auch eine sorgsame Gestaltung war nicht länger möglich.

II. DAS AUFERSTEHEN

Oscar Pollak war die erste Person, die nach Kriegsende 1945 mit einer Sondergenehmigung aus der britischen Emigration nach Österreich zurückkehren durfte. Er kam in doppelter Mission: einerseits wollte die neugewählte Labour-Regierung in London einen verlässlichen Verbindungsmann in Wien, der sich in den Jahren des Exils exzellent mit den führenden Kräften der britischen Partei vernetzt hatte. Und andererseits sollte Pollak die *Arbeiter-Zeitung* wieder in Schwung bringen, die er seit 1931 als Chefredakteur bereits geleitet hatte. Die britische Regierung erhoffte sich zudem, und das mit Recht, verlässliche Informationen über die Vertrauenswürdigkeit der Regierung Renner, und diese Nachrichten aus Wien machten es letztlich auch möglich, dass London gesamtösterreichischen Wahlen zustimmte. Bald kam Marianne Pollak, Oscars Frau, zu deren Gunsten Oscar Pollak auf die Kandidatur für den österreichischen Nationalrat verzichtet hatte, ebenfalls nach Wien. Vorerst an der Seite von Gabriele Proft, später als Chefredakteurin, leitete sie die Redaktion der Zeitschrift *Die Frau* und machte diese, die an *Die Unzufriedene* der Ersten Republik anknüpfte, zu einem breit akzeptierten und viel gelesenen Blatt.

Unter der Leitung von Oscar Pollak wurde die *Arbeiter-Zeitung* zur „Zeitung, die sich was traut“. Sie war rasch die kritische Stimme gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht, berichtete tapfer von Übergriffen und Pollak selbst

wurde zum erklärten Feindbild der Sowjets in Österreich. Aber es gab auch Gegenwind aus der eigenen Partei. Manche misstrauten den heimgekehrten (jüdischen) Emigrant*innen, also jener Gruppe um Pollak. Dahinter verbarg sich oft nur sehr oberflächlich eine gute Portion Antisemitismus. Otto Leichter, der Ehemann der im Konzentrationslager ums Leben gekommenen, charismatischen Käthe Leichter, resignierte bald und zog wieder aus Österreich fort.

Man sah sich daher in der Redaktion der *Arbeiter-Zeitung* mehreren Frontlinien gegenüber: dem nicht zimperlichen, konservativen politischen Mitbewerber im Land, der ebenfalls antisemitische Ressentiments zu bedienen wusste, der sowjetischen Besatzungsmacht und einer zumindest ambivalenten Haltung der eigenen Parteiführung gegenüber der Redaktion. Das Verhältnis der „Löwelstraße“ mit der „Rechten Wienzeile“ war sichtlich nicht spannungsfrei. Das machte die Arbeit nicht leichter. Dennoch, die *Arbeiter-Zeitung* errang rasch wieder große Anerkennung. Ihre Internationalität mit den ständigen Berichten, die das Weltgeschehen kommentierten, ihre gediegene Berichterstattung über Kultur- und Sportereignisse, vor allem aber ihre ideologische Weiterführung der austromarxistischen Grundpositionen aus der Zwischenkriegszeit und die journalistische Qualität der Autor*innen stellten sie sehr rasch wieder in die erste Reihe der österreichischen Presseprodukte. Damit war sie auch das historische Gewissen der Sozialdemokratie.

III. DIE ZUKUNFT

Wenige Monate nachdem die *Arbeiter-Zeitung* wieder erfolgreich gestartet war, wagte man sich unter der Federführung von Oscar Pollak an die Aufgabe, die Tradition des angesehenen theoretischen Organs, der Zeitschrift *Der Kampf*, wieder aufzugreifen. Im März 1946, also vor 75 Jahren, erschien die erste Nummer einer neuen Zeitschrift mit dem Titel: *DIE ZUKUNFT – Sozialistische Monatsschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur*. Man trat in große Fußstapfen. Wohl hatten Oscar und auch Marianne Pollak schon Beiträge für *Der Kampf* verfasst und Oscar war am Beginn der ersten Republik sogar Mitglied des Leitungsgremiums, aber nun, in einer Zeit der ökonomischen Not, des Wiederaufbaus, in der wenig Platz für theoretische Diskurse vorhanden war, sich der Aufgabe zu stellen, „... sich über die Welt zu informieren; sich in der heutigen Zeit in sozialistischem Sinn zu orientieren und die Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere auch auf geistigen und kulturellen Gebiet zu überschauen“, wie es der

Chefredakteur in der ersten Nummer formulierte, war doch ein hoher Anspruch. Gesellschaftspolitisch aufgeklärt und liberal, dazu konsequent antikommunistisch, in Wirtschaftsfragen aber eine Befürworterin des starken Staates, als Organ der „Partei der geplanten Wirtschaft und der menschlichen Freiheit“, so positionierte sich die neue theoretische Zeitschrift. Und sie erwarb sich bald Ansehen sowie einen stabilen Platz im politischen Diskurs.

Karl Czernetz und Alfred Magaziner, zwei von Pollaks Wegbegleitern, wagten den Versuch, mit *DIE ZUKUNFT*, „Menschen zu bilden, sie zu geschultem Denken und dadurch zu wirksamem Handeln zu erziehen.“ Man sah sich „der Vergangenheit und der Zukunft gleich verpflichtet: es gilt zu bewahren und es gilt das Neue zu erkennen.“ Dieser Anspruch, formuliert im ersten Heft der Zeitschrift, war durchaus gewagt. Aber man sah sich auf einem sicheren Fundament in der Tradition des Austromarxismus: Konsequenz gegen den Bolschewismus, denn es galt, individuelle Freiheit zu sichern. Aber ebenso konsequent für eine Wirtschaft mit großem Einfluss des Staates, um kapitalistisches Gewinnstreben zügeln zu können. „Sozialismus bedeutet wirtschaftliche Ordnung, um zur Freiheit des Menschen zu gelangen. Er ist starker Staat und freier Geist“, so formulierte es Oscar Pollak in der zweiten Nummer der Zeitschrift.

Die Bedeutung, die *Der Kampf* zwischen 1907 und 1934 hatte, konnte *DIE ZUKUNFT* nicht erreichen. Dazu fehlten die großen theoretischen Köpfe, vor allem in der Vielfalt, und es waren wohl auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen andere geworden. Die Sozialdemokratie befand sich in einer großen Koalition, es ging um den Wiederaufbau und um das Erringen der vollständigen Unabhängigkeit des Landes durch den Abschluss eines Staatsvertrages. Daher lief der politische Diskurs in Österreich im ersten Nachkriegsjahrzehnt nicht allzu kontrovers. Der größere Teil der Personen, die vor 1934 den Diskurs geführt hatten, waren entweder dem Nationalsozialismus zum Opfer gefallen oder kam nicht aus der Emigration zurück – ein Umstand, der manchem in der Parteiführung gar nicht allzu ungelegen kam. Die Rückkehr der „Vertriebenen Vernunft“ wurde zumindest nicht offensiv verfolgt. So konnte *DIE ZUKUNFT* zwar eine angesehene, politische Monatsschrift werden, die herausragende Stellung der Zeitschrift *Der Kampf* konnte nicht erreicht, ja nicht einmal realistisch ins Auge gefasst werden.

Dennoch, *DIE ZUKUNFT* hielt sich wacker, sogar über

jene Zeit hinaus, in der praktisch alle Parteizeitungen Existenzkrisen zu durchlaufen hatten, die sie letztlich nicht überleben konnten.

IV. DIE MEDIENLANDSCHAFT STELLT SICH NEU AUF

Das Jahrzehnt zwischen dem Kriegsende und dem Abschluss des österreichischen Staatsvertrags kann, trotz der Notwendigkeit das Gemeinsame zu betonen, als Zeitraum der Hochblüte der Parteipresse aller politischen Lager angesehen werden. Ab 1955 wurde es deutlich anders. Die beginnende Wohlstandsgesellschaft mit stärker ausgeprägtem Individualismus führte dazu, dass die richtungsgebende Position der politischen Printmedien zumindest abgeschwächt wurde.

Innerhalb der Sozialdemokratie war es vor allem Franz Olah, gestützt von den „Niederösterreichern“ um Oscar Helmer und durchaus auch Bruno Kreisky, der in den angeblich starren Positionen der Parteipresse und ihrem Festhalten an ideologischen Positionen des Austromarxismus, einen der Gründe für die Wahlniederlage von 1956 erblickte. Mit der Gründung der Wochenzeitung *Heute*, die ohne starke Parteibindung einen linksliberalen Kurs steuerte, wurde der Versuch gefasst, eine Alternative in der Medienlandschaft zu positionieren. Der erwartete Erfolg blieb aus, das Experiment wurde eingestellt.

Franz Olah ging aber noch einen Schritt weiter. Um die Jahreswende 1958/59 traf er sich mit dem ehemaligen Chefredakteur des *Kurier*, Hans Dichand, um diesem mitzuteilen, dass er das nötige Geld für die Wiedergründung und für die weitere Finanzierung der alten *Kronen-Zeitung* aufbringen könnte. Die Geschichte rund um die Finanzierung der *Kronen-Zeitung* sollte die Gerichte jahrelang beschäftigen, ehe Hans Dichand siegreich aus den Auseinandersetzungen hervorgehen und sein quantitativ eindrucksvolles Medienimperium aufbauen konnte.

Das war zweifellos der Höhepunkt der Umgestaltung der österreichischen Medienlandschaft. Die Parteizeitungen aller politischen Richtungen waren dabei die Opfer. Man konnte und wollte bei dieser neuen Form des Journalismus nicht mitmachen. Zudem begann das Medium Fernsehen, mit der Möglichkeit viel rascher Informationen zu verbreiten, einem Journalismus, bei dem es in erster Linie um die politische Einordnung von Ereignissen, also um Erklärungen und um Auf-

klärung ging und nicht so sehr um die Schlagzeile, zusätzlich Konkurrenz zu machen.

Die *Arbeiter-Zeitung* verwehrte sich dem Druck, sich dem Boulevard anzunähern. Der Druck, der letztlich vor allem von Bruno Pittermann ausging, wurde aber schließlich so groß, dass mit dem Jahresende Oscar Pollak die Funktion des Chefredakteurs niederlegen musste. Auch Marianne Pollak schied zeitgleich aus der Leitung der Redaktion von *Die Frau* aus. Offiziell geschah dies aus Altersgründen (Marianne war 70 und Oscar 68 Jahre alt), der Hintergrund war jedoch, dass aus der Sicht der Parteiführung eine klassische Zeitung in der Tradition des Austromarxismus in den 1960er-Jahren ein Erfolgshindernis zu werden schien. Die *Arbeiter-Zeitung* wurde ab Jahresbeginn 1962 von Franz Kreuzer geleitet, der etliche Briefe von Oscar Pollak erhielt, in denen dieser auf die journalistischen Fehler und Schwachstellen seines Nachfolgers verwies („...nicht immer nur die Buchstaben zählen, sondern auch ein bisschen an den Inhalt denken...“).

Der Niedergang der *Arbeiter-Zeitung* war aber nicht mehr aufzuhalten. Der Umstieg auf ein Kleinformat, der neue Name AZ und schließlich der Auszug aus dem Vorwärts-Gebäude waren Wegmarken des Abstiegs. Der Verkauf im Jahr 1989 und schließlich die Einstellung 1991 setzten den Endpunkt. 1948 hatte man noch fast 250.000 Exemplare verkauft, zum Zeitpunkt der Einstellung war es deutlich weniger als die Hälfte. Der Kampf gegen die Boulevardpresse war aussichtslos geworden.

Da auch der konservativen parteinahen Presse ein vergleichbares Schicksal bevorstand, fanden sich in den späten 1950er und frühen 1960er-Jahren alte Kontrahenten in wechselseitiger Wertschätzung zusammen. Friedrich Funder, der 1959 verstorben war, vor allem aber Heinrich Drimmel zollten dem langjährigen Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung* hohe Anerkennung. Man konnte der neuen Entwicklung in der Medienlandschaft aber nichts mehr entgegensetzen. Oscar Pollak schrieb 1961 in *DIE ZUKUNFT* prophetisch: „Dann wird in Österreich ein weiterer Schritt getan sein zur Entchristlichung des Konservatismus und zur Entseelung des Sozialismus.“

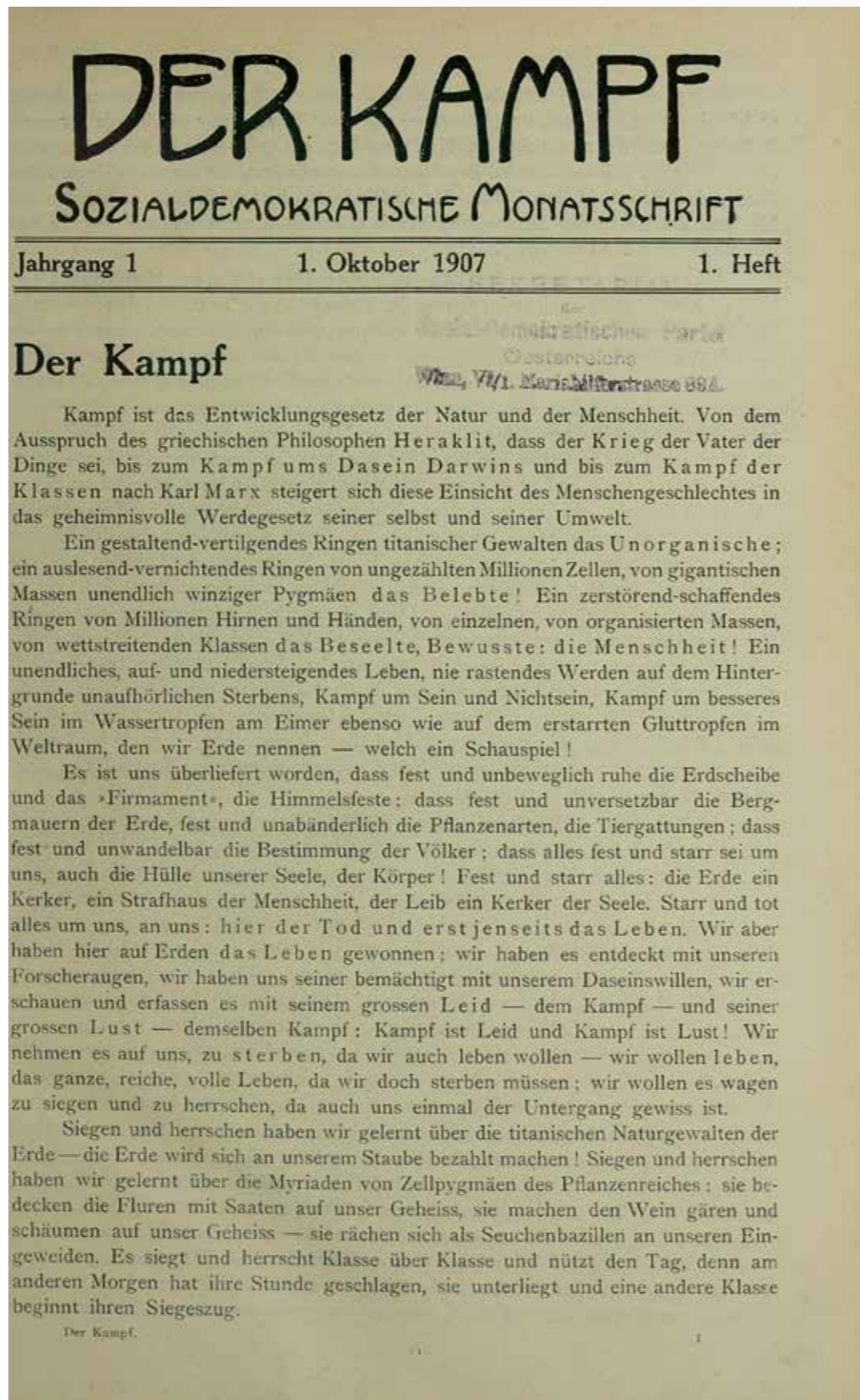
Gleichsam als Trost erhielt Oscar Pollak die Aufgabe, sich weiterhin um *DIE ZUKUNFT* zu kümmern. Er hatte ein zweiwöchentliches Erscheinen ins Auge gefasst und wollte seine ganze Energie der Gestaltung eines attraktiven und qua-

litativ hochstehenden Presseprodukts widmen. Es war ihm allerdings nicht mehr viel Zeit vergönnt. Im August 1963 starb er während eines Urlaubs in Hinterstoder an einem Herzanfall. Seine Frau Marianne schied zwei Tage später freiwillig aus dem Leben.

DIE ZUKUNFT aber existierte weiter, über alle Krisen des Zeitschriftenmarktes hinweg, und es gibt sie erfreulicherweise bis heute. Sie versteht sich noch immer als sozialdemokratische Diskussionszeitschrift, die sich 2021, nach langen Jahren der Leitung durch Caspar Einem, anlässlich des 75. Jahres gerade redaktionell neu aufstellte. Es ist ihr anlässlich dieses Jubiläums zu wünschen, dass sie noch viele Jahre vor sich hat und dass ihre Stimme in der politischen Diskussion weiterhin Gewicht hat. 🍷

HELMUT KONRAD

ist emeritierter Universitätsprofessor für Allgemeine Zeitgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz, ehemaliger Rektor dieser Universität und Vizepräsident des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung. Sein Buch *Das Private ist politisch. Marianne und Oscar Pollak* erscheint am 13. September im Picus-Verlag.



Deckblatt DER KAMPF
 SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT -
 1. Heft / Jahrgang 1 / Oktober 1907



Deckblatt DIE UNZUFRIEDENE
 Eine unabhängige Wochenschrift für alle Frauen -
 Nummer 26 / 8. Jahrgang / Juni 1930

Die Zukunft der ZUKUNFT

CHRISTIAN ALBERT erinnert sich an drei Monate als Praktikant in der ZUKUNFT und die Zusammen-, Um- und Aufbrüche in den späten 1980er-Jahren. Er stellt fest, dass die Linke in dieser Zeit, als der Begriff „Neoliberaler“ die Keule „Faschist“ als argumentativer Totschläger abgelöst hat, aus intellektueller Trägheit eine Zukunft verspielte, die heute auch in der ZUKUNFT wiedergewonnen werden muss ...

I. MEINE ZUKUNFT

Ich muss zugeben, ich habe schon längere Zeit nicht mehr an sie gedacht, an die ZUKUNFT, die „Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur“. Die ZUKUNFT wird nun also 75 Jahre alt. Ein bisschen älter als ich, der gerade seinen 60er feiern durfte. Unsere Wege haben sich in den späten 1980ern gekreuzt. Ich habe damals ein dreimonatiges Praktikum bei der ZUKUNFT absolviert, das ich dem damaligen Redakteur Manfred Lang zu verdanken hatte. Wir hatten uns in einer Buchhandlung über Journalismus, politische Zukunftsthemen und die SPÖ unterhalten und am Ende des Gesprächs bot er mir ein Praktikum bei der ZUKUNFT an.

Als mir nun Alessandro Barberi den Vorschlag machte, über diese Zeit einen Artikel zu schreiben, zögerte ich zunächst. Meinen Beitrag im Rahmen dieses Praktikums schätze ich als doch sehr überschaubar ein. Es waren zwei oder drei Buchrezensionen, die Übersetzung einiger Artikel aus dem Englischen und die Ordnung des Fotoarchivs der ZUKUNFT, an die ich mich neben kleineren administrativen Tätigkeiten noch erinnere. Ich kann auch gar nicht mehr genau sagen, wann ich drei Monate bei der ZUKUNFT gearbeitet habe – war das 1987, 1988 oder 1989?

II. DAS ENDE DES „SOZIALDEMOKRATISCHEN JAHRHUNDERTS“?

Wie und wann auch immer, es waren aufregende Zeiten. Die späten 1980er-Jahre waren (vor allem im Rückblick) eine Zeit innen- und außenpolitischer „tektonischer Beben“, welche die Weltpolitik, die innenpolitische Landschaft in Österreich und natürlich auch die SPÖ für immer veränderten.

Die Weltpolitik wurde von Ronald Reagan, Michail Gorbatschow und – vor allem wirtschaftspolitisch – von Margaret Thatcher geprägt. 1989 implodierte der sogenannte „Ostblock“ und kurz danach auch gleich die Sowjetunion selbst, Deutschland schaffte die Wiedervereinigung. In Österreich erlebten wir den Aufstieg Jörg Haider, den Einzug der *Grünen* ins Parlament, die Wahl Kurt Waldheims, die Neuauflage der Großen Koalition aus SPÖ und ÖVP. Traditionelle Werte-haltungen und Orientierungen wurden in Frage gestellt, das gesellschaftlich blendende „Role model“ war der „Yuppie“, Gier und Geiz waren geil, und die gesamte Linke war planlos. Die SPÖ feierte 1989 ihren hundertsten Geburtstag und alle redeten vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (© Ralf Dahrendorf).

In den Kreisen, in denen ich damals verkehrte, ich nenne sie jetzt mal die Rot-Grün-Bewegten, herrschte durchaus die Stimmung, in einer geschichtlichen Entscheidungssituation zu stehen, in der auch unbewegliche Strukturen zur Disposition stünden. Gleichzeitig hatten viele den Eindruck, das offizielle, politische System in Österreich verschließe die Augen vor den Problemstellungen und fahre ihren „alten“ Kurs weiter. Allerdings waren wir alle – mich selbst nicht ausgenommen – offensichtlich so sehr mit uns selbst beschäftigt, dass das am Kaffeetaisch oft leidenschaftlich diskutierte nicht einmal die Höhe der Parteiöffentlichkeit – etwa in Form gelungener, pointierter Artikel in der ZUKUNFT – erreichte.

Natürlich gab es Ausnahmen. Ich erinnere mich noch gut an einen analytischen Artikel von Peter Glotz, einem damaligen sogenannten „Vordenker“ der Sozialdemokratie, der damals in der ZUKUNFT erschienen ist. Laut dem deutschen So-

zialdemokraten wäre eine Gesellschaft, bei der zwei Drittel der Beschäftigten einem Drittel Beschäftigungsloser ein garantiertes Grundeinkommen zukommen lassen würde, eine unvernünftige Utopie. Glotz warb in seinem Beitrag für eine Erneuerung der Produktionsstrukturen der europäischen Industriegesellschaft als „linkes Projekt“. Glotz' Überzeugung war, dass sich die Linke von einer reinen Schutzpolitik in punktuellen Fragen hin zu eigenen Gesamtkonzepten bewegen müsse. Klingt auch heute noch modern, harrt aber noch immer der Umsetzung. Glotz diagnostizierte zudem – wie sehr viele andere auch – bei der Linken nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der damit verbundenen Diskreditierung des „Marxismus“ eine philosophische und ideologische Desorientierung, der zu einer Form des Pragmatismus ohne Prinzipien und wissenschaftliches oder aufklärerisches Denken geführt habe.

Ich habe zu dieser Zeit auch immer wieder mal in der „Buchhandlung in der Löwelstraße“ (ja, damals leistete sich die SPÖ noch den Luxus einer eigenen Buchhandlung) gearbeitet, unter anderem bei der Inventur. Ich war damals – noch ganz Student – besonders beeindruckt von der Fülle der Bücher und Broschüren, die sich inhaltlich mit der Zukunft der Sozialdemokratie beschäftigten. Aber wenn man ehrlich ist, war das meiste – zumindest im heutigen Rückblick – hohles Geschwätz, eine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen und Verweisen auf das heldenhafte „Früher“, ohne dass eine wirklich kluge Strategie erkennbar gewesen wäre.

Wenigstens einen Ansatz für ein Weiterdenken lieferte ein Artikel in der ZUKUNFT von Josef Cap, der den Titel „Quo vadis SPÖ?“ trug. Er thematisierte den unausweichlichen Wandel in der Arbeitswelt, das Schrumpfen des Industriesektors, die Entwicklung in Richtung Dienstleistungsgesellschaft. Das zentrale Problem der Zeit bestand bei „kritischen Sozialist*innen“ wohl darin, dass viele das bloße Wahrnehmen der geänderten Wirklichkeiten schon für modern hielten, ein Irrtum, dem man nur deshalb aufsitzen konnte, weil die Partei nach 1945 – vielleicht mit Ausnahme der frühen 1970er-Jahre – letztlich von oben geführt und im Inneren zutiefst strukturkonservativ war und blieb.

III. EINSAME DENKER IN DER ZUKUNFT

Aber es gab wirklich kluge Köpfe, die mit Wissen und Fantasie an die Probleme herangingen. Paul Blaha schrieb in den späten 1980er-Jahren in einem Artikel in der ZUKUNFT

über eine notwendige „Totalreform der AZ“, der im Wesentlichen das später im *Standard* verwirklichte Konzept einer linksliberalen Tageszeitung für Österreich vorwegnahm. Die ruhmreiche „Arbeiterzeitung – AZ“ hingegen gibt es nicht mehr ...

Ein anderer „Vordenker“ der 1980er-Jahre, dem ich viele Denkanstöße und Impulse zu einer möglichen Modernisierung und Neuausrichtung der Sozialdemokratie verdanke, war der viel zu früh verstorbene Herbert Tieber. Er glaubte zutiefst daran, dass eine „von unten“ demokratisch organisierte Gesellschaft freier Menschen, die nicht den Markt, sondern die plumpe Gier überwindet, nicht nur möglich sein muss, sondern auch möglich ist, und sowohl seine Visionen als auch seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen hörten sich vernünftig und nachvollziehbar an.

Der bereits erwähnte Josef Cap leitete auch viele Jahre die *Zukunftswerkstätte*, die 1987 ins Leben gerufen worden war. Die *Zukunftswerkstätte* selbst wollte nicht nur ein „Think-Tank“ der Sozialdemokratie sein, sondern eine Gesprächsplattform über Parteigrenzen hinweg. Weitgeistig und offen wollte sie sein und war es zumindest zu Anfang in meiner Erinnerung auch. Auch die *Zukunftswerkstätte* gibt es längst nicht mehr. Fast unbemerkt ist sie 2008 aufgelöst worden. In einem der wenigen Zeitungsartikel, die ihr Ende überhaupt erwähnten – ich glaube es war im *Standard* –, habe ich als Begründung gelesen, dass man stattdessen in der SPÖ eine neue, mobile Andockstation für junge, urbane Leute suche. Ob sie gefunden wurde, ist mir nicht bekannt.

Ich wäre ehrlich gesagt nicht überrascht gewesen, irgendwo auch eine Randmeldung über die Einstellung der ZUKUNFT zu lesen. Aber das ist zum Glück noch nicht passiert. Denn die ZUKUNFT wird gebraucht.

IV. AUFBRUCH IN DIE ZUKUNFT MIT DER ZUKUNFT

Wenn „Linkssein“ mehr sein soll als ein Lifestyle und das stolze Bekenntnis, 2015 „am Westbahnhof dabei gewesen“ zu sein, dann sollte eigentlich klar sein, worum wir uns in der Zukunft und in der ZUKUNFT kümmern sollten. Schlecht verdienende, oft alleinerziehende Frauen, deklasierte Zuwander*innenkinder, ausgebeutete Saison- und Leiharbeiter*innen, eine klimaorientierte Industrie- und Steuerpolitik, Grund- und Freiheitsrechte im digitalen Zeital-

ter – die Liste ist nach Jahrzehnten der intellektuellen Trägheit schon fast endlos. Wir müssen also geistig die Ärmel hochkrempeln und wieder kämpfen lernen.

Willy Brandt wird die Aussage zugeschrieben, dass der Sozialismus kein „Endziel“ sei, vielmehr sei „Sozialdemokratie eine nie endende Aufgabe“. Wie diese Aufgabe allerdings bewältigt wird, ist angesichts eines Epochenbruchs von weltgeschichtlicher Dimension – des Übergangs vom Industrie- in das Digital- und Informationszeitalter – und direkt oder indirekt damit verbunden absurder, neuer sozialer Ungleichheiten sowie einer heraufziehenden Klimakatastrophe, alles andere als ausgemacht. Wo anders als in der ZUKUNFT sollte aber über unsere – die sozialdemokratische – Version und Vision einer menschlichen, sozialökologisch vertretbaren ZUKUNFT gestritten und geschrieben werden? Wir brauchen die ZUKUNFT – und da die Aufgabe laut Willy Brandt ja nie endet, zumindest noch einmal 75 Jahre.



Deckblatt ARBEITER-ZEITUNG Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie - Nr. 132 / 19. Jahrgang / Mai 1907

CHRISTIAN ALBERT ist Jurist und Mediator und arbeitet an der Universität Wien als Konfliktberater.

Wir müssen die Klassen immer wieder in Frage stellen ...

Die ZUKUNFT hat **GERHARD SCHMID**, den Bundesbildungsvorsitzenden der SPÖ, am 9. Juni 2021 zu einem Gespräch in der Wiener Bildungsakademie eingeladen. **ALESSANDRO BARBERI** und **HEMMA PRAINSACK** unterhalten sich mit ihm u. a. über die Zukunft der ZUKUNFT, soziale Ungleichheit im Bildungsbereich, die Probleme der Digitalisierung und die Aktualität von Bruno Kreiskys Klassenbegriff ...

Alessandro Barberi: Lieber Gerhard, wir möchten heute mit Dir anlässlich des 75-Jahre-Jubiläums der ZUKUNFT über die Zukunft der österreichischen Bildungspolitik, Trends wie Digitalisierung, aber auch allgemein über die Zukunft der SPÖ und der österreichischen Linken sprechen. Wo siehst Du heute die Zukunft der SPÖ und wo sind die Probleme, die wir in der österreichischen Linken haben?

Gerhard Schmid: Ich würde von Beginn an in den internationalen Rahmen gehen, da wir die SPÖ mit vielen europäischen sozialdemokratischen Parteien vergleichen können. Ich war in meiner Zeit als Bundesgeschäftsführer bei der Generalsekretärin der schwedischen Arbeiterpartei in Stockholm zu Besuch und wir haben uns über sozialdemokratische Zielsetzungen unterhalten. Sie kam zu dem Schluss, was für VOLVO und SAAB gut ist, ist auch für die schwedische Sozialdemokratie gut. Dabei ist es sicher eine wichtige Frage, was heute links ist. Ich bin nie ein Freund großer Dogmen gewesen und habe Linkssein immer als etwas sehr Dynamisches gesehen, weil man sich zeitlich anpassen muss. Mein Links-Begriff ist eher einer, der bei Bruno Kreisky beheimatet ist, weil Kreisky ein extrem moderner und zeitgemäßer Mensch war. Aber es fehlt uns heute sicherlich der rote Faden: Was ist links? Ist es links, wenn man umweltbewegt und ökologieorientiert ist? Ist es links, wenn man, was gut und richtig ist, Maßnahmen

setzt, um die Armut zu bekämpfen? Ist es links, wenn man für eine gerechte Einkommensverteilung eintritt? Natürlich sind das alles wichtige Facetten, aber das eine Generalkonzept, das in Madrid, Wien, Berlin, Kopenhagen usw. als links gelten könnte, gibt es im Moment nicht.

A. B.: Wenn du deinen Links-Begriff als „bei Bruno Kreisky beheimatet“ siehst, ist eines der entscheidenden Kernthemen das der sozialen Ungleichheit, die sich seit der Ära Kreisky wieder sehr zugespitzt hat. Als Pädagoge stellst du dich mir in diesem Zusammenhang die Frage, warum junge Menschen wie vor 40 Jahren immer noch zwischen Hauptschule und Gymnasium getrennt werden. Wäre hier nicht der neuralgische Punkt einer Bildungspolitik, die gute Chancen hätte, die Wähler*innen wieder zur SPÖ zurückzuholen?

G. S.: Die Sozialdemokratie hat – solange ich zurückdenken kann – für die Gesamtschule der 10- bis 14-Jährigen gekämpft, doch solche tiefgreifenden strukturellen Veränderungen benötigen eine Mehrheit in der Bevölkerung, die bisher nicht gegeben war. Im Verfassungsreformwerk von 1962 wurde beschlossen, dass Fragen der Schulorganisation in Österreich Zweidrittel-Materie sind. Das ist erst vor wenigen Jahren durch eine Änderung der Bundesverfassung gelockert worden. Wir haben also von den 1960er-Jahren weg eine bildungspoliti-

sche Lage, die strukturelle Veränderungen erschwert. Obwohl Du heute keine seriösen Erziehungswissenschaftler*innen oder Entwicklungspsycholog*innen mehr findest, die sagen, dass die Trennung der Bildungswege mit dem zehnten Lebensjahr nicht viel zu früh ist. In Österreich ist das aber eine einzementierte Materie.

Es ist uns 1968 gelungen, erste Schulversuche durchzubringen, die aber mit zehn Prozent des Regelschulwesens limitiert sind. Aber die SPÖ hat es in Wirklichkeit nie geschafft, dafür eine Mehrheit zu gewinnen und das Gymnasium durch etwas anderes zu ersetzen. Wir haben aber versucht, die Dinge besser zu machen und da ist zum Beispiel unter Fred Sinowatz auch viel passiert. In den 1970er-Jahren gab es einen Aufholprozess. Die große politische Ansage von Kreisky und Sinowatz war: in jedem politischen Bezirk eine berufsbildende höhere Schule. Anfang der 1970er-Jahre war das noch eine Utopie, die dann aber tatsächlich realisiert wurde. In der Amtszeit von Sinowatz wurden in Österreich mehr höhere Schulen errichtet als in der Zeit von 1900 bis Anfang der 1970er-Jahre.

Außerdem hat man versucht auf der inhaltlichen Ebene, wo keine Zweidrittelmehrheit notwendig war, Veränderungen herbeizuführen. Ich denke an den Beginn der politischen Bildung in den 1970er-Jahren, als wir den Zeitgeschichte- und Sexualkunde-Koffer im Gepäck hatten. Im universitären Bereich war die Situation eine ähnliche: Dort hat man jenen Teil des Universitätssystems, der sich gerade in den 1960er-Jahren deutlich zu Wort gemeldet hat und der unterrepräsentiert war, nämlich den Mittelbau der Universitäten, gefördert und in die Strukturen hineinbefördert. Die Drittelparität wäre ein Beispiel dafür, die wurde aber leider wieder zurückgefahren – und es gab keine große Gegenbewegung.

A. B.: Was ist in diesem Zusammenhang Deine Erinnerung an die Rolle der ZUKUNFT in Bezug auf bildungspolitische Entwicklungen seit ihrem Bestehen 1946?

G. S.: An die ZUKUNFT gibt es viele gute Erinnerungen, weil sie ein unverzichtbarer und wesentlicher Teil des politischen Spektrums war. Die sozialdemokratische Partei war von ihrer ersten Stunde an eine Bildungsbewegung, und daher war der intellektuelle Diskurs ganz wichtig. Es gab drei wichtige Medien: die *Arbeiter-Zeitung*, die ZUKUNFT und *Die Frau* als Zentralorgan der sozialdemokratischen Frauenbewegung.



Gerhard Schmid
© Wikimedia Commons

Natürlich war die *Arbeiter-Zeitung* eine Parteizeitung in einer Aufmachung, wie das heute schwer möglich wäre, aber sie war gleichzeitig auch ein Organ des intellektuellen Diskurses und das muss immer in Zusammenhang mit der ZUKUNFT gesehen werden. Für einen gebildeten Parteifunktionär war es in der Vergangenheit ein Muss, dass er die ZUKUNFT abonniert und auch gelesen hat. Es bot sich auch die große Chance für viele Funktionär*innen, dass, wenn sie einen entsprechend qualitativen Beitrag leisten konnten und wollten, den auch in der ZUKUNFT leisten durften. Diese Möglichkeit hat es natürlich auch gegeben. So gesehen war die ZUKUNFT immer ein unverzichtbares Diskussionsorgan, das wir wieder näher an die sozialdemokratischen Bildungsorganisationen und die Partei heranführen sollten.

Was mir an der ZUKUNFT immer imponiert hat, war, dass sie diesen umfassenden Bildungsbegriff vertreten hat. Das muss auch ins Bildungssystem transportiert werden, und wenn wir Verantwortung tragen, können wir das auch umsetzen: Ein humanistisches Bildungsideal realisieren, das heißt, Vernetzung von Bildungsprozessen mit Kunst und Kultur, den Dialog zwischen Natur-, Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften pflegen, keine Widersprüche dort dulden, wo es sie nicht gibt, sondern vor allem zu den einzelnen Disziplinen die Brücken bauen und Verständnis für viele Dinge in der Gesellschaft schaffen. Genauso gehören Sport und andere gesellschaftliche Bereiche dazu – so ein Bildungsorgan muss eine sehr breite Wirkung haben.

A. B.: Die ZUKUNFT und die SPÖ waren immer einer weltbürgerlichen Allgemeinbildung verbunden. Im 19. Jahrhundert spielten Arbeiter*innenbildungsvereine eine große Rolle, nur wurden inzwischen die *Volkshochschulen* ein wenig vergessen. Grundlegend war ursprünglich der Gedanke, eine Gegenkultur zu den Universitäten aufzubauen, aber mittlerweile ist auch in der SPÖ eine Top-Down-Mentalität eingekehrt, die uns eigentlich von dem, was man früher auch „proletarischen Instinkt“ genannt hat, weggebracht hat.

G. S.: Die Volkshochschulen haben in der Vorkriegszeit, oder in der vorfaschistischen Zeit, ganz großartige Dinge geleistet. Das hat zwar beispielsweise rechtsstehende und nationale Professor*innen in Wien damals nicht erreicht, aber die, die in der Mitte, fortschrittlich liberal oder sozialdemokratisch orientiert waren, sind am Abend in die *Volkshochschulen* am Stadtrand gegangen und haben dort populärwissenschaftlich verschiedenste Disziplinen vertreten. Allein wenn ich mir die Geschichte der *Wiener Urania* ansehe, wo Sigmund Freud gelehrt hat, wo es Vorträge mit Albert Einstein gegeben hat, das war damals eine Selbstverständlichkeit.

A. B.: Solange die sozialistische Partei tatsächlich Arbeitnehmer*inneninteressen vertreten hat, gab es diese Dialektik zwischen dem, was früher bürgerliches Wissen war, und dem Herzschlag der Arbeiter*innenbewegung. Könnten die *Volkshochschulen* sich nicht wieder als ein Ort zeigen, an dem hochstehende, weltbürgerliche und weltproletarische Bildung nicht nur populär präsentiert wird, sondern wo mit diesem Wissen auch wirklich gearbeitet und freie Forschung ermöglicht wird?

Hemma Prainsack: Ich denke, wir haben in der jetzigen Ausnahmesituation mit dieser schweren, tiefgreifenden Krise die Möglichkeit, den Menschen Bildung im Erwachsenenbereich wieder nahebringen zu können. Das Konsumverhalten hat sich jedoch im Vergleich zu früher komplett verändert: Die vielfältigen Angebote der Vergnügungskultur sind inflationär vorhanden, so dass Zeit und Motivation sich weiterzubilden, geringer geworden sind. Es muss bewusstgemacht werden, warum Bildung eigentlich so wichtig für jeden Einzelnen ist, was für einen wesentlichen Wert sie für jeden selbst hat. Dazu brauchen wir große Vorbilder und Anreize, sonst verbringen Menschen ihre Abende mit *Netflix*, im Internet oder sonst wo – und nicht in einer Diskussion miteinander. Der rasante technologische Wandel, den wir derzeit durchleben, hat auch für eine große Diskrepanz gesorgt: Digitalisie-

rung, Automatisierung und Technologisierung schreiten mit derartiger Rasananz voran, dass wir Bürger*innen kaum nachkommen oder den Wandel verstehen. Es ist eine ganz wichtige europäische Herausforderung, hier den Menschen auch die Weiterbildung und die Instrumente zum Verstehen dieses Wandels zu verleihen.

A. B.: Von der Tradition her war die Arbeiter*innenbewegung seit dem Maschinensturm eigentlich nie technologiefeindlich. Es war immer eine neutrale Frage, bei der es darum ging, wem die Maschine gehört. Auch die aktuellen Debatten zum *Digitalen Humanismus* zeigen, dass es inzwischen wieder um den Menschen selbst geht ...

G. S.: Eines ist sicher: Digitalisierung ist ein zentrales Zukunftsthema – kaum ein Wort wird derzeit so häufig benutzt, ständig heißt es, man muss Leader werden bei der Digitalisierung oder Digitalisierungshauptstadt – aber was ist das? Was versteht man darunter? Ich sehe zum Beispiel Leute, junge genauso wie alte, die hilflos in einem Bankfoyer stehen und nicht wissen, was sie dort mit den Maschinen machen sollen. Banken, aber auch die öffentliche Hand, lagern Arbeitsprozesse, zum Teil im Sinne von Ressourcenmanagement oder -einsparungen, auf die Endverbraucher*innen, die Kund*innen oder Bürger*innen aus. Früher ging man mit seiner Steuererklärung zum Finanzamt, hat sich angestellt, einen Eingangsstempel darauf bekommen und sie abgegeben. Heute geht man mit der Bürgerkartenfunktion über *finanzonline* und macht im Prinzip alles selbst. Das kann natürlich ein Vorteil sein. Man darf aber nicht vergessen: Es gibt da draußen viele Menschen, die das nicht können.

H. P.: Ich sehe da einen großen Auftrag für die Bildungspolitik, denn jede Bürger*in hat das Recht, die Digitalisierung zu verstehen. Man muss den Menschen in diesem Bereich Kenntnisse und Orientierung ermöglichen, damit sie auch teilhaben und sich ihrer politischen, bürgerlichen Verantwortung bewusstwerden können.

G. S.: Wir müssen auch sehen, dass wir diesen weltweiten, internationalen Trend der Digitalisierung nicht aufhalten können, so realistisch müssen wir sein. Aber man sollte darauf achten, dass gerade in den Bildungsprozessen viele analoge, soziale Phasen integriert werden. Nicht alles ist durch Videokonferenzen ersetzbar. Die Sozialdemokratie muss dabei fördern und unterstützen, nämlich in dem Sinne, dass jedem Kind, unabhängig von der Herkunft, der Zugang zu Hardware und Soft-

ware ermöglicht wird. Außerdem müssen Fördermaßnahmen angeboten werden. Eine große Aufgabe der *Volkshochschulen* wäre analog dazu die Erwachsenenbildung in diesem Bereich. Hier brauchen wir Angebote, mithilfe derer sich auch Menschen im fortgeschrittenen Alter mit diesen Technologien vertraut machen und am Puls der Zeit bleiben können. Und – das wäre quasi der dritte Punkt – es muss parallel dazu durch Serviceeinrichtungen sichergestellt werden, dass sich auch das Segment der Menschen, das mit diesen Dingen nicht vertraut ist, einen Kontoauszug oder Ähnliches organisieren kann. Es muss eben ein großes Thema der Sozialdemokratie bleiben, für wen wir eigentlich da sind – und das nicht Top-Down, sondern auf Augenhöhe. Im Bereich Digitalisierung sehe ich viele Chancen, aber nicht alle Chancen müssen zwingend ergriffen werden. Es geht auch hier darum, unseren alten Auftrag der sozialen Gerechtigkeit hochzuhalten.

A. B.: Dabei stellt sich die Frage, wie wir zu den Menschen zurückkommen, für die wir da sein wollen. Um diese Menschen hat sich nämlich ab 1986, als der „Bärentaler“ [Anm.: Jörg Haider] die FPÖ übernommen hat, der Rechtspopulismus konstituiert. Und de facto fehlt uns, um das politische System Österreichs in der Mitte zu halten, so etwas wie ein Linkspopulismus in dem Sinne, dass man auf die „einfachen Leute“ zugeht und das Prinzip der Volkssouveränität wieder ausspielt. Hätte es nicht bessere Strategien geben müssen, die rechtspopulistisch/faschistische und austrofaschistische Allianz zu brechen?

G. S.: Das ist ein Thema für eine Habilitation, falls das überhaupt machbar wäre... [lacht] ... Es gibt viele Erklärungsmuster für die jetzige Situation. Zurzeit sehe ich nicht nur in Österreich eine tiefe Spaltung der Gesellschaft. Wahlen zeigen uns in ganz Europa ein ähnliches Bild, und in parlamentarischen Demokratien sind diese Wahlen die Grundlage für den einzigen Faktor, der am Ende zählt: das Wahlergebnis. Der Souverän entscheidet darüber, welches Mandat Dir in der Politik zugewiesen wird, und was Du somit in der Politik machen kannst. Im Moment weist dieser Souverän der Sozialdemokratie eine eher bescheidene Rolle zu. Wo war aber der große Bruch?

Einen Erklärungsansatz dafür hat mir Martin Schulz geliefert. Er ist gelernter Buchhändler, der aus der Arbeiterschaft kommt; Buchhändler*innen und Buchdrucker*innen waren klassische Berufe innerhalb der alten Sozialdemokratie, quasi die Gebildeten der Arbeiter*innenbewegung oder klei-

nen Angestelltenschaft. Jedenfalls schilderte er Sektionsabende in deutschen Ortsorganisationen, wo er selbst Bürgermeister war, bei denen anfänglich die Bauarbeiter*innen neben den Spitalsmitarbeiter*innen und neben den Gärtner*innen saßen und es wurde diskutiert. Dann besuchten aber Intellektuelle mit höherer Bildung diese Sektionsabende, diskutierten über Adorno oder Habermas usw. – und plötzlich waren alle anderen aus dem Gespräch ausgeschlossen. Die Arbeiter*innen und Angestellten sind noch ein paar Mal gekommen und wurden nie wieder gesehen. Das ist eine vielleicht sehr einfache Erklärung.

Ein kurzer Sprung zurück zur österreichischen Situation in den 1960er-Jahren stützt diese Erklärung: Bruno Kreisky ist 1967 Parteivorsitzender geworden, interessanterweise gegen die große Mehrheit der Wiener SPÖ, die damals ein konservatives Geflecht war. Josef Hindels hat immer gesagt, es gibt auf der ganzen Welt vier konservative Zentren: den Vatikan, den Kreml, die ÖGB-Zentrale und die SPÖ Wien. Kreisky musste sich also mit Hilfe der Bundesländer durchsetzen. Er wusste genau, dass sich die Gesellschaft in den 1960er-Jahren international in einem Umbruch befand. Die Nachkriegsgeneration hat gesagt: Es ist zum Wiederaufbau genug getan worden, es geht jetzt nicht nur um Wirtschaftswachstum, wir wollen ausbrechen, wir wollen freie Kultur, freies Leben, freie Musik, nicht mehr reglementiert sein – die Gesellschaft stand im Einfluss der Hippie-Bewegung, Woodstock usw.

Das hat dazu geführt, dass Kreisky, um die Partei öffnen zu können, auch zunehmend Intellektuelle in die Partei geholt hat. Und dafür musste er die Fenster aufmachen und ordentlich durchlüften. Ich erinnere zum Beispiel nur an diese Situation: Einer der damals aufmüpfigsten Künstler war Friedensreich Hundertwasser, der splitternackt vor der damaligen Kulturstadträtin einen Kunstpreis als Zeichen des Protests zerissen hat. Ganz Österreich war in Aufruhr – der Bundeskanzler geht aber her, kauft sich ein Bild von Hundertwasser und hängt es ein paar Tage später ins Bundeskanzleramt. Das war typisch. So hat Kreisky einen ganzen Schweif von Intellektuellen aus dem universitären Bereich und aus der 68er-Bewegung in die Partei geholt: Künstler*innen, Intellektuelle, Medienleute ...

Auch innerparteilich führte das natürlich zu einem Widerhall. Es gab Gruppen, vor allem im vsstÖ, die plötzlich mit neuen Themen und Inhalten kamen. So hat etwa Michael Häupl als junger Mann das Ökologiethema in die SPÖ hineingetragen. Plötzlich waren da junge, gescheite, gebildete

Menschen mit vielen neuen guten und weitreichenden Ideen. Und diese Menschen haben dann innerhalb der SPÖ in den 1970er- und 1980er-Jahren ihren Aufschwung erlebt und in den folgenden Jahrzehnten höchste Funktionen bekleidet. Ohne diesen intellektuellen Schub gäbe es keine *Fristenlösung* und in der Bildungspolitik wären viele Schritte nicht gesetzt worden. Und im Prinzip setzten sie auch diesen Weg der spannenden, modernen Themen fort. Aber dann kamen wir in den 1990er-Jahren an einen Punkt, an dem es der SPÖ nicht ausreichend gelungen ist, eine Brücke zwischen dieser intellektuellen Kraft der SPÖ und den Menschen zu bilden. Diese Brücke hätte immer der ÖGB bzw. die FSG sein sollen, doch gerade die Gewerkschaftsbewegung erlebte in dieser Zeit viele Krisen; es gab zahlreiche strukturelle Veränderungen, die verstaatlichte Industrie wurde teilweise privatisiert u. Ä. Die FSG in der VOEST war eine Macht im Staat – der Betriebsratschef dort war eigentlich mächtiger als der Kanzler. Das waren mächtige Arbeiter*innenführer in den verstaatlichten Industrien und Werken. Und das hat es nicht mehr gegeben.

Das heißt: Es gab eine soziologische Veränderung in der Struktur der Wähler*innen und es gab eine intellektuelle, wenn man so will, „Urbanisierung“ in der Partei. Und es ist uns nicht gelungen, die Brücke zu den Menschen zu schlagen. Kreisky hat z. B. klar erkannt, dass es Aufgabe der SPÖ sein muss, den Menschen ihre Ängste zu nehmen – wenn ihr das gelingt, ist sie erfolgreich, wenn nicht, dann nicht. Rund um den EU-Beitritt gab es eine bemerkenswerte Situation in diesem Zusammenhang: Die Partei, die historisch am stärksten für den Beitritt plädierte, die FPÖ, zog sich plötzlich zurück, wendete um 180 Grad und war aus rein populistischen Motiven plötzlich der schärfste Gegner eines EU-Beitritts. Ein Drittel der Österreicher*innen stand der EU skeptisch gegenüber und dieses Drittel sollte abgeholt werden. Dann begann die rechtspopulistische Zeit des Jörg Haider, der mit einfachen Antworten gekommen ist, mit ganz einfachen Botschaften. Außerdem griff er die Sozialdemokratie dort an, wo sie am stärksten war: im Gemeindebau.

Und nach einem zögerlichen Start waren sie dort auch schnell erfolgreich. Mein alter Freund, Rudi Gelbard, der im KZ war und im Leben furchtbares mitgemacht hat, einer der klügsten und belesensten Menschen, die ich kannte, hat mir dazu das Buch von Joseph Goebbels von 1926, *Der Kampf um Berlin*, nahegelegt – ein Buch aus einer Zeit, zu der die NSDAP in Deutschland noch Wahlen schlagen musste. Darin findet sich eine propagandistische Anleitung an die Sturmcharen und

an alle Nazi-Aktivist*innen, wie sie im Wedding, dem großen Arbeiter*innenviertel in Berlin, vorzugehen haben, um dort Fuß fassen zu können. Das beinhaltet folgende Schritte: Man geht mit den modernsten Methoden dorthin, das war damals der Lautsprecherwagen. Man greift den politischen Gegner an, egal ob es stimmt oder nicht – angreifen muss man. Und zwar dort, wo er am stärksten ist: Nicht in Neubau oder Mariahilf, sondern in Floridsdorf, in Simmering, in Favoriten, in der Donaustadt – das ist der entscheidende Punkt. Und Haider hat im Wesentlichen dieses Konzept übernommen. Wir hatten keine entsprechenden Antworten. Das hat dazu geführt, wie Bernhard Heinzlmaier und andere Meinungsforscher*innen mit ihren Sinus-Milieustudien seit Jahren zeigen, dass die SPÖ eigentlich primär eine Partei der urbanen Oberschichten geworden ist, unter Berücksichtigung dessen, dass die traditionelle Gruppe der Wähler*innen noch existiert, sozialwissenschaftlich erkennbar, aber schrumpfend ist. Für Wien errechnete Heinzlmaier, dass die SPÖ am ehesten das oberste Drittel der Bevölkerung anspricht, bezogen auf Bildung und Einkommen. Natürlich gibt es „nach unten hin“ noch die Reste der alten Strukturen, aber wir haben die Brücke dorthin verloren.

Und jetzt komme ich zu dem Punkt, den Du angesprochen hast: Man muss selbstverständlich ganz offen für jene Menschen eintreten, die unsere Hilfe brauchen. Als ich Bundesgeschäftsführer war, bin ich auch viel in Österreich herumgekommen, und wenn ich in Hietzing, meinem politischen Heimatbezirk, mit den Menschen gesprochen habe, war das immer anders, als wenn ich mit jemandem in Simmering gesprochen habe. Weil mir bei der U3-Station im Zentrum Simmering die Leute schon gesagt haben, mir ist das wurscht, was ihr da redet, ich will im Kühlschrank etwas drinnen haben. Und das ist der entscheidende Punkt. Deshalb habe ich auch – was den sozialpolitischen Bereich im Burgenland betrifft – meinen Respekt. Das Burgenland geht da einen vorbildlichen Weg! Die Frage des Mindestlohns vertritt die Bundespartei-vorsitzende Pamela Rendi-Wagner auch, das ist sinnvoll, denn wir müssen in die Kaufkraft gehen. Auch den Corona-Tausender, den Rendi-Wagner vorgeschlagen hat, halte ich für eine gute Idee. Generell sollten punktuelle Zuwendungen, wo sie notwendig sind, auch gewährt werden. Wir müssen für die Menschen im Gemeindebau da sein, für alle. Und gerade für die, die uns am dringendsten brauchen, für die müssen wir am stärksten da sein.

H. P.: Weil du den Mindestlohn angesprochen hast: Es ist auch eine Überlegung wert, ihn mit der Bildungspolitik zu

verschränken: Menschen bekommen einen Mindestlohn, es gibt Arbeitszeitverkürzung und für die restliche Zeit soll es auch Weiterbildung für alle geben. Das wäre eine große Bereicherung im geistigen Bereich ...

G. S.: In Österreich sind wir da ein wenig restriktiver, aber in Schweden gibt es z. B. keine Grenzen bei der Förderung von Erwachsenenbildung. Man kann dort auch noch mit 60 eine Förderung für eine Umschulung und Ähnliches bekommen. Aber in unserer Denkwelt hat die Bildungslandschaft oft mit dem Ende der Universität aufgehört. Es geht um Volksbildung, dort können die Omas noch irgendeinen Spanisch-Kurs machen, für die Opas ein Funkkurs, damit sie mit der Karibik oder Asien in Verbindung sind ... Das ist zwar alles in Ordnung, aber wir leben heute in einer Zeit, wo ein junger Mensch, wenn er ins Bildungssystem oder vor allem ins Berufsleben einsteigt, wissen muss, dass er im Laufe seines Lebens seinen Beruf drei, vier, fünf Mal grundlegend verändern wird müssen. Und das nicht nur in ähnlichen Berufen.

A. B.: Wir haben einen schönen Bogen von prinzipiell bildungspolitischen Fragen über die Geschichte der ZUKUNFT hin zur politischen Geschichte der letzten 30 Jahre und dem damit verbundenen Problem der „einfachen Leute“ gezogen. Wenden wir nun unseren Blick in die Zukunft: Was ist für Dich die Zukunft der ZUKUNFT, welche Rolle oder unterstützende Möglichkeit würdest Du Dir von unserer progressiven Diskussionszeitschrift wünschen?

G. S.: Ich würde mir für die Zukunft der Zeitschrift ZUKUNFT wünschen, dass alle Bildungsfunktionär*innen in Österreich (und derer gibt es viele) diese Zeitung in Händen halten und dass jede Bezirksparteiorganisation mehrere Abonnements abschließt. Das sollte eigentlich zu einer Selbstverständlichkeit werden. Abgesehen davon, dass ihr jetzt wieder eine tolle Zeitung macht, ist es auch wunderbar, dass die ZUKUNFT Diskussionsveranstaltungen organisiert, bei denen ein Programm geboten wird, das über den üblichen Tellerrand der Partei hinausreicht.

A. B.: Abschließend würde ich gerne wissen: Wo siehst Du jetzt die Zukunft unserer Bewegung, wo siehst du die Zukunft der SPÖ?

G. S.: Das ist eine sehr schöne Frage, die aber fast die Parteivorsitzende im Rahmen ihres Referats am Parteitag lösen müsste. Ich bin ein Kind der Kreisky-Zeit und nicht nur

das, ich habe über Kreisky dissertiert. Und es gelten dieselben Grundsätze, die Kreisky in seinem politischen Testament formuliert hat, auch wenn heute einiges moderner, angepasster ist, die Kultur sich verändert hat oder methodische Adaptationen notwendig sind: Wir leben in einer Zeit, in der die sozialen Ungleichheiten unverhältnismäßig größer werden. Wenn man das Volksvermögen als Torte betrachtet, ist eine deutliche Zunahme des Finanzkapitals sichtbar, das schon jetzt bei 70 % Anteil am gesamten Volksvermögen liegt. Nur wenige Prozentpunkte gehen an die privaten Haushalte. Und wenn man die obersten Zehntausend abzieht, bleiben dann nur mehr die Brösel der Torte übrig. Erfahrungsgemäß müssen diese Brösel aber die Torte finanzieren! Und das ist ein Spiel, das die Sozialdemokratie nicht akzeptieren kann. Was ich jetzt sage, ist im Moment in der Sozialdemokratie überhaupt nicht populär. Kreisky hat gesagt, und da gebe ich ihm zu tausend Prozent recht: Wenn es der Sozialdemokratie nicht gelingt, die Klassen in Frage zu stellen, dann wird sie scheitern. Und heute ist es schon verpönt, das Wort „Klasse“ in den Mund zu nehmen. Natürlich verändern sich die Klassen, tragen immer ein anderes „Gewand“, sind immer unterschiedlich – Kreisky sagt auch, dass man das erkennen muss. Dennoch müssen wir die Klassen immer wieder in Frage stellen und bekämpfen ...

H. P. und A. B.: Lieber Gerhard, wir danken Dir für dieses Gespräch.

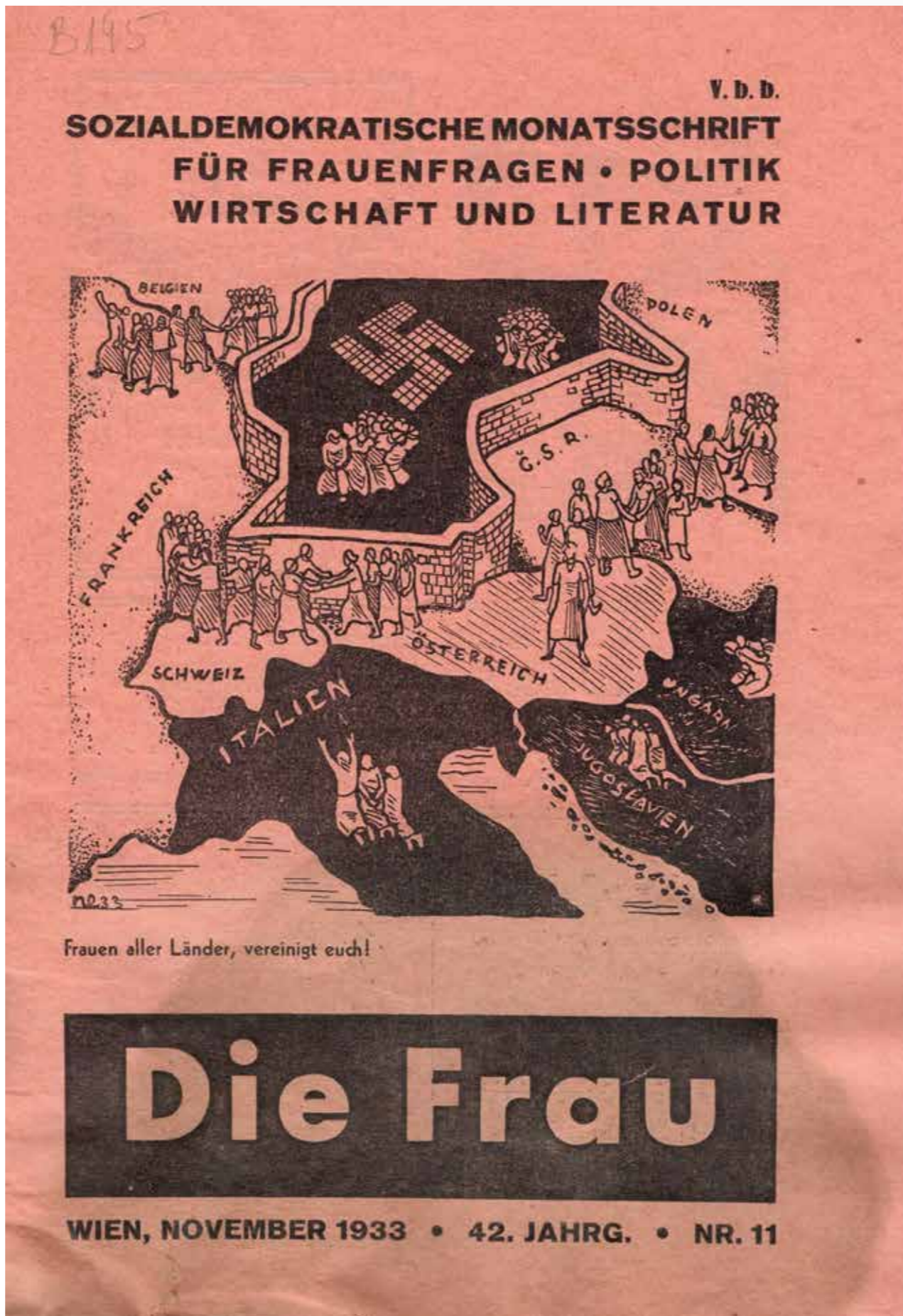
Der ehemalige SPÖ-Bundesgeschäftsführer GERHARD SCHMID ist aktuell u. a. Bezirksparteivorsitzender in Hietzing, Bundesbildungsvorsitzender der SPÖ sowie Mitglied des Wiener Gemeinderates und Landtags. Schmid ist Autor zahlreicher Publikationen und unterrichtet regelmäßig an der Universität Wien.

HEMMA PRAINSACK

ist Redakteurin der ZUKUNFT, war im Produktionsbetrieb beim Österreichischen Rundfunk sowie am Theater im Bereich Regie sowie Videogestaltung tätig und arbeitete in der Generaldirektion des ORF. Der Forschungsschwerpunkt ihres Doktorstudiums auf dem Gebiet der Filmgeschichte liegt im Umbruch zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus.

ALESSANDRO BARBERI

ist Chefredakteur der ZUKUNFT, Bildungswissenschaftler, Medienpädagoge und Privatdozent. Er lebt und arbeitet in Magdeburg und Wien. Politisch ist er in der SPÖ Landstraße aktiv. Weitere Infos und Texte online unter: <https://ipm.medienbildung.ovgu.de/team/barberi/>



Deckblatt DIE FRAU
Sozialdemokratische Monatsschrift für Frauenfragen.
Politik, Wirtschaft und Literatur -
Nr. 11 / 42. Jahrgang / November 1933

Zur Renaissance der Sozialdemokratie in Österreich

In seinem Beitrag beschäftigt sich **ALEXANDER KOPPENSTEINER** mit möglichen Strategien der Sozialdemokratie, um den vorherrschenden neoliberalen Diskurs grundsätzlich herauszufordern. Er sieht dies als Voraussetzung dafür an, dass die Sozialdemokratie wieder eine bestimmende Kraft werden kann.

I. DEN HERRSCHENDEN DISKURS VERÄNDERN

Es wird oft die Frage gestellt, wofür die Sozialdemokratie eigentlich steht, was ihr USP (Unique Selling Proposition) ist. Dieser Begriff, der aus der Welt des Marketing kommt, ist an sich schon verräterisch. Er zeigt, dass die Floskeln der Ökonomie den Zeitgeist bereits völlig infiltriert haben. Diese Ökonomie, die in der Form, wie sie gegenwärtig hauptsächlich betrieben wird, nicht Wissenschaft, sondern Mythologie ist, kommt in Gestalt objektiver Wahrheit daher, genau das macht sie so gefährlich. Stephan Schulmeister hat in seinem Buch *Der Weg zur Prosperität* sehr klar die Machtübernahme der neoliberalen Ideologie nachgezeichnet, ebenso wie er anschaulich deren verheerende Folgen dargelegt hat (Schulmeister 2018).



STEPHAN SCHULMEISTER
DER WEG ZUR PROSPERITÄT
 Salzburg: Ecowin
 480 Seiten | € 28,00
 ISBN: 978-3711001481
 Erscheinungstermin: Juni 2018)

Die Befreiung des herrschenden Diskurses von der Dominanz der Ökonomie ist eine der großen Herausforderungen, die die Sozialdemokratie meistern muss, wenn sie selber wieder die politische Agenda bestimmen will.

Wenn die SPÖ den herrschenden Diskurs dieser Art von ökonomischer Ideologie überlässt und viele ihrer Annahmen stillschweigend akzeptiert, dann kann sie nicht gewinnen, denn gerade die türkise ÖVP ist jene Partei, für die der neoliberale Smog Wind in den Segeln ist. Wenn man die neoliberale Ideologie angreifen will, dann darf man das nicht nur mit allgemeinen und abstrakten Aussagen tun, sondern *konkret und plastisch*. Bei Themen wie der „Erhöhung des Arbeitslosengeldes“, genügt es nicht zu sagen, eine solche würde den Konsum ankurbeln und dass die Politik der Regierung unzureichend, unsozial und planlos ist.

Man sollte es aussprechen, dass die ÖVP eine klare Motivation hat, die Arbeitslosen unter Druck zu setzen.

Die ÖVP – die türkise mehr als je zuvor – vertritt die (großen) Unternehmen, deren Interesse es ist, die Position der Arbeitnehmer*innen zu schwächen. Je mehr die Menschen unter dem Zwang stehen, eine Arbeit annehmen zu müssen, je mehr sie Angst haben müssen, in soziale Not zu geraten, wenn sie arbeitslos werden, umso schwächer ist ihre Position bei den Lohnverhandlungen. Die ÖVP betreibt Interessenpolitik für das Kapital, und gegen die Arbeitnehmer*innen – und zwar auch dann, wenn es gegen die Arbeitslosen geht.

Die Sozialdemokratie muss der Mehrheit der ganz normalen Menschen klarmachen, dass die ÖVP gegen sie Politik macht, weil sie jemand anderes Interessen vertritt.

Für die SPÖ hingegen gilt es, das letztlich *gemeinsame* Interesse zwischen den Arbeitnehmer*innen und den Arbeitslosen herauszustreichen – wenn man mobilisieren will, dann muss man Identitäten schaffen und Solidarisierung fördern. Es ist falsch so zu tun, als ob es sich bei der Politik nur um die optimale Lösung von Sachfragen handeln würde. Natürlich beinhaltet Politik auch das. Aber ebenso geht es um Entscheidungen über Werte und über die Vertretung von Interessen. Ziel der Sozialdemokratie muss es wieder sein, politisches Bewusstsein zu schaffen. In Fragen der Verteilungspolitik kann man nicht Everybody's Darling sein. Eine polemischere Art der Behandlung eines Themas kann sogar eine Art von Aufklärungsarbeit sein, die notwendig ist, weil es natürlich im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen und ihrer politischen Vertreter*innen ist, die realen Zusammenhänge zu verschleiern.

Ich glaube, dass die meisten in der Sozialdemokratie die Frage nach ihren Werten ganz gut beantworten könnten und wissen, wofür die Partei steht. Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind Begriffe, die wohl allen Funktionär*innen geläufig sind und die in der Welt von heute nichts von ihrer Bedeutung verloren haben. Sie liefern einen guten Kompass für die Behandlung konkreter Problemstellungen und gesellschaftlicher Fragen, auch wenn keineswegs alle genau das gleiche unter diesen Worten verstehen.

Was aber ist das *das große Thema* der Sozialdemokratie, das sie mit ihren Werten bearbeiten muss? Was ist die große Frage, die so in den Vordergrund treten kann, die so dominant in der öffentlichen Diskussion, in den Köpfen der Menschen werden kann, dass sie der Sozialdemokratie ebenso Rückenwind verleiht, wie das Thema Klimaschutz den Grünen und das der Migration der ÖVP Rückenwind verliehen hat? Oder anders gefragt: welches Thema kann zu einem solchen *gemacht* werden?

Vielleicht weist der Slogan, den die britische *Labour Party* unter Jeremy Corbyn wieder aktualisiert hat, den Weg, um dieses Thema zu finden: „For the Many, not the Few“. Es ist im Empfinden vieler Menschen latent verankert, dass „die Reichen immer reicher werden“ und dass „die Politik nur für die da oben gemacht wird“. Viele, nicht nur die sozial Be-

nachteiligten, wissen, dass etwas nicht stimmt, dass die ganz normalen Menschen viel leisten müssen, dass sie kämpfen und unter Druck stehen, dass ihre Mühen aber nicht belohnt werden, weil sich die Politik in erster Linie um die Interessen einer kleinen, sehr reichen und mächtigen Schicht kümmert.

Dieses latente Gefühl muss aber adressiert werden, es muss angesprochen und aktualisiert werden, damit es sich in Empörung und politische Aktivität ummünzt.

Damit muss es gelingen, jene andere Adressierung zu überlagern und zu ersetzen, die der Masse das Gefühl gibt, doch irgendwie dazuzugehören, weil ihre Gegner*innen die Ausländer*innen, die Migrant*innen und die sogenannten Sozialschmarotzer*innen sind. Plakativ gesprochen: Die ÖVP schützt die Benkos, Pierers, Ortner, die Mateschitz' und Co, und führt der Bevölkerung stattdessen die Pfleger*innen aus dem Osten als Objekt des Neids vor, um diesen dann die Familienbeihilfe zu kürzen. Oder man diskutiert über Sozialmissbrauch durch die e-card und suggeriert, dass sich Menschen eine medizinische Behandlung erschleichen, die ihnen nicht zusteht. Man treibt ständig einen Feind durchs Dorf, um den Menschen das Gefühl zu geben, man stünde auf ihrer Seite und um gleichzeitig diejenigen zu schützen, deren Interessen man tatsächlich vertritt.

Es genügt nicht, diese Dinge im Hintergrund zu wissen und zu verstehen, man muss sie für alle transparent machen.

Es ist ein Faktum, dass sich Vermögen zunehmend in den Händen Weniger konzentriert und die Ungleichheit zunimmt – weltweit, aber auch in Österreich. Und es ist nachweisbar, dass egalitärere Gesellschaften in nahezu allen wesentlichen Aspekten besser abschneiden als sehr ungleiche (vgl. Wilkinson/Pickett 2009). Wenn also eine gewaltige Tendenz zu wachsender Ungleichheit und zur Vermögenskonzentration zu sehen ist, dann ist es die wesentliche Aufgabe der Sozialdemokratie, dem entgegenzuwirken und für ein mehr an Gleichheit einzutreten.

Dieses Eintreten kann aber nur einen Mobilisierungseffekt haben, wenn die Sozialdemokratie die Ungleichheit ins Bewusstsein bringt, wenn sie Empörung erzeugt, und wenn sie das bewusst gestreute Märchen entkräftet, dass es in Österreich ohnehin sehr viel Umverteilung gibt und der Unterschied zwischen Arm und Reich nicht sehr groß ist. Die Empörung muss die Vielen erfassen, auch jene, die durchaus in einer passablen materiellen Situation sind. Sie muss mindestens 90 %

der Bevölkerung erreichen. Keinesfalls darf die SPÖ allein als die Partei der sogenannten sozial Schwachen gesehen werden. Dies würde die Identifikation mit ihr erschweren, denn niemand möchte gerne zu den sozial Schwachen gehören.

Dabei geht es nicht nur um materielle Lebensumstände alleine, sondern es ist die Demokratie selbst, die auf dem Spiel steht. Zu Zeiten Bruno Kreiskys galt es, alle Lebensbereiche mit Demokratie zu durchfluten. Heute ist die Demokratie bedroht von der überwältigenden Macht des Kapitals. Während es weitgehend bekannt ist, dass Wahlergebnisse in den USA im Wesentlichen davon abhängen, wer wie viel Geld vermögender Spender*innen einsammeln kann, ist das Kaufen von Politik durch vermögende Interessensgruppen in Österreich durch die türkise ÖVP zum System geworden. Dabei geht es gar nicht darum, ob im Einzelfall der Tatbestand der Bestechlichkeit gegeben ist, wie er durch eine eindeutige Verbindung zwischen einer konkreten Spende und einer konkreten politischen Maßnahme verwirklicht sein könnte. Entscheidend ist, dass Großspender*innen in eine generell für sie günstige Politik investieren. Es mag ziemlich banal wirken, wenn man sagt, dass Großspender*innen sich im Gegenzug für ihre Spenden auch eine entsprechende Politik wünschen. Reflektiert man diese Aussage allerdings, so tritt einem klar vor Augen, dass damit letztlich die Demokratie selbst in Frage gestellt wird. Die Stimme des Bauarbeiters im Wahllokal zählt wenig im Vergleich zur Spende des Bauunternehmers Ortner an die ÖVP, die Stimme einer Ärztin oder eines Krankenpflegers ist ein Nichts gegen die Spenden von Privatklinik-Betreiber*innen an ÖVP und FPÖ.

Bei der Beeinflussung der Politik durch Geld geht es nicht so sehr um konkrete Gegenleistungen, obwohl auch das nicht auszuschließen ist. Es geht vor allem darum, wie die politische Agenda definiert wird, was als politisch wünschenswert und möglich dargestellt wird, und was nicht. So sagt der türkise Finanzminister Blümel im Gespräch mit dem Kurier vom 23. August 2020, dass man jetzt jedenfalls keine Verteilungsdebatte brauchen könnte. Natürlich begründet er das damit, dass eine solche Debatte wirtschaftlich schädlich wäre, weil es Investor*innen verschrecken würde, die eine stabiles Umfeld bräuchten etc.

Die Wahrheit hinter diesen Aussagen ist aber simpel. Wer von Benko, Pirer und Co Geld bekommt, der spricht sich natürlich gegen Verteilungsdebatten aus, ganz einfach, weil Pirer, Benko und Co keine Verteilungsdebatte wollen, denn eine

solche würde ja nicht zu ihrem Vorteil sein. Natürlich kann Blümel das nicht so sagen, daher tut er so, als ob es auch im Interesse der Arbeitnehmer*innen, ja überhaupt aller Menschen in Österreich wäre, wenn es keine Verteilungsdebatte gibt – geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut. Diese Sichtweise, dass das Wohl des Kapitals letztlich dem Wohl aller dient, wird auch von diversen Instituten vertreten und ist seit einem halben Jahrhundert das herrschende Dogma der sogenannten Wirtschaftswissenschaften.

Ein wunderbares Beispiel dafür, wie die neoliberale Ideologie sich mit dem Kostüm der Wissenschaft verkleidet, um den Ruf nach einer gerechteren Verteilung abzuwehren, findet sich in einem Gespräch zwischen der Leiterin des *Momentum Instituts*, Barbara Blaha, und dem Ökonomen und nunmehrigen Arbeitsminister Martin Kocher, das in der *Wiener Zeitung* vom 20.01.2018 abgedruckt wurde.

In Zuge des Gesprächs thematisiert Blaha die Lohngerechtigkeit und meint, es werde zu wenig darüber gesprochen, „was wie viel wert ist“. Sie verweist darauf, dass die unangenehmsten, anstrengendsten und gefährlichsten Arbeiten oft am schlechtesten bezahlt sind und bringt das Thema dann mit einer plakativen Frage auf den Punkt: „Warum verdient jemand, der den Müll abholt, um so viel weniger, als jemand, der an der Börse spekuliert?“

Diese Frage rüttelt so stark an den Selbstverständlichkeiten des herrschenden Diskurses, sie überschreitet so sehr die Grenzen des Spielfelds, innerhalb dessen man diskutieren darf, dass sich Kocher aufgerufen fühlt, einzuschreiten.

"Da muss ich als Ökonom kurz eingreifen. Eine unserer Grunderkenntnisse ist, dass der Wert durch die Gesellschaft bemessen wird. Offenkundig wird der Wert von Pflege gering bemessen, weil sie kaum spezifische Fähigkeiten erfordert, und es zu viel Angebot am Arbeitsmarkt gibt."

Auf die schlagfertige Antwort Blahas, warum man die Pfleger*innen dann aus der Slowakei holen müsse, antwortet Kocher insistierend, dass der Wert von Arbeit eben durch die Käufer*innen bemessen wird und ihn die Politik nicht direkt beeinflussen kann. „... er wird durch Angebot und Nachfrage bestimmt“.

Schließlich bemerkt der Ökonom mit der Autorität des Wissenschaftlers: „Man kann ökonomische Gesetze schlecht

finden, aber schwer außer Kraft setzen.“ Kocher kann den Hinweis auf himmelschreiende Ungerechtigkeiten nicht dadurch parieren, dass er sie nicht ungerecht findet, er kann nicht sagen, dass das System in Ordnung sei, weil es eben im Interesse der Reichen und Mächtigen ist. So eine Position wäre nicht vertretbar, sie würde einen Aufschrei der Empörung auslösen. Also muss das System mit dem Hinweis auf „objektive Fakten“ verteidigt werden. Die ökonomischen Gesetze sind einfach so. Man kann darüber jammern, aber man kann sie nicht ändern, sie sind Gegebenheiten, wie das Wetter. Es ist bitter, wenn es regnet, aber was soll man machen, es wäre töricht von der Politik zu verlangen, dass sie die Sonne scheinen lassen soll.

Barbara Blaha, um noch einmal auf das zitierte Gespräch zurückzukommen, setzt dem eine eigentlich simple, unmittelbar evidente aber vom herrschenden Diskurs verdrängte Wahrheit entgegen: „Das System wird von Menschen gemacht und kann von ihnen verändert werden.“ Die zunehmende und unerträgliche Ungleichheit wird von den Reichen und Mächtigen mit einem propagandistischen Trommelfeuer verteidigt, das die Menschen davon abhält, unhaltbare Zustände ändern zu wollen, indem ihnen suggeriert wird, dass es sich um Naturgesetze handelt. Das erste Opfer im Krieg ist immer die Wahrheit. Sie ist es auch im Krieg der neoliberalen Ideologie gegen die Mehrheit der Menschen und die Natur.

Es ist daher höchste Zeit, die neoliberale Ideologie argumentativ frontal herausfordern.

*Um die öffentliche Diskussion zu dominieren und das gesellschaftliche Denken im Sinne der Sozialdemokratie zu verändern, muss man die bestehenden Dogmen, die Narrative des Mainstreams und ihre Vertreter*innen direkt angreifen. Und man muss die laufenden Diskurse und Abhandlungen in einen veränderten Rahmen stellen und mit neuen Begrifflichkeiten ausstatten.*

Dafür gibt es viele Möglichkeiten und Gelegenheiten, die aber alle einer Linie folgen sollen: die Sozialdemokratie macht Politik für die Vielen, nicht für die Profitgier der Wenigen.

Ich möchte dies anhand einiger Themenbereiche veranschaulichen:

• Erbschaftssteuer

Es genügt nicht zu sagen, dass die kleinen Eigenheimbesitzer*innen keine Angst vor einer Vermö-

gens- oder Erbschaftssteuer haben müssen. Vielmehr gilt es klar auszusprechen, dass die ÖVP diese Leute vorschiebt, um die Superreichen zu schützen. Wenn Sebastian Kurz sagt, eine Vermögenssteuer bringe nichts, wenn man sie nur auf die wirklich Reichen begrenzt und man daher bald auch auf den Mittelstand zugreifen müsse, dann könnte man ihm entgegen:

*Sie wissen, dass es falsch ist, was Sie sagen, aber sie müssen das tun, weil sie Ihre Geldgeber*innen schützen müssen. Ihre Freund*innen, die Ihre Partei bezahlen. Die erwarten sich natürlich etwas, und darum müssen Sie versuchen, die Mehrheit unserer Bevölkerung zu täuschen. Wir arbeiten für Österreich, Sie arbeiten für Benko und Pirer, das ist der Unterschied zwischen uns.*

Solche Aussagen ziehen natürlich einen Aufschrei nach sich und sorgen für Empörung, aber so wird ein Thema zum Thema. Man braucht manchmal die Provokation, um medial Gehör zu finden.

• Den herrschenden Leistungsbegriff in Frage stellen

Eine diplomierte Fachkraft der Gesundheits- und Krankenpflege mittleren Alters verdient rund 3.000 Euro brutto im Monat, das sind rund 42.000 Euro pro Jahr. Kann man es wirklich mit Leistung begründen, wenn ein Manager eines Konzerns mit 800.000 Euro pro Jahr fast so viel verdient wie 20 Pflegekräfte? Wer so argumentiert, dem wird gerne vorgeworfen, eine Neiddebatte zu schüren. Aber dieser Vorwurf birgt auch die Gelegenheit, Ungleichheit zu thematisieren. Das Argument der Sozialdemokratie dagegen könnte sein:

*Das ist der Unterschied zwischen uns, Sie schüren eine Neiddebatte gegen Leute, die hart arbeiten und zu wenig verdienen, wir richten den Blick auf diejenigen, die auf Kosten der Allgemeinheit den Hals nicht vollkriegen. Und Kosten für die Allgemeinheit sind Manager*innenbezüge jedenfalls, denn wir alle zahlen sie als Konsument*innen mit.*

• Die Lehren aus der Corona-Krise

Auch die Entwicklung der Corona-Impfstoffe beruht in hohem Maße auf der öffentlich finanzierten Forschung, so wie alle Errungenschaften, mit denen private Unternehmen gewaltige Profite machen. Die Sozialdemokratie sollte selbstbewusst für einen starken öffentlichen Sektor eintreten und vehement darauf hinweisen, dass der Staat sehr viel an Wert schöpft, von dem die Wirtschaft dann profitiert. Hier

kann man sich an den Ausführungen von Mariana Mazzucato (2014; 2018) orientieren.

- **Unternehmen schaffen Arbeitsplätze**

„Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, nicht der Staat.“ Dieser offenkundige Unsinn wird oft ventiliert, ohne großen Widerspruch zu ernten. Tatsächlich ist der Staat in jedem entwickelten Land der größte Arbeitgeber. Darüber hinaus sollte man sich den Unternehmen gegenüber nicht unterwürfig verhalten, denn sie schaffen nicht Arbeitsplätze um der Arbeitsplätze willen, sondern sie wollen Geld verdienen, und dafür brauchen sie Menschen, die für sie arbeiten.

Im Übrigen zeigt die Pandemie sehr gut, dass es gerade jene Arbeitsplätze sind, die die öffentliche Hand schafft, denen besondere Bedeutung zukommt.

- **Einnahmen- oder Ausgabenproblem des Staates**

Es ist ein beliebter Sager, dass Österreich kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem hat. Natürlich ist das eine willkürliche ideologische Feststellung. Man könnte ohne weiteres sagen:

Nein, wir haben ein Einnahmenproblem, wir haben kein Ausgabenproblem, denn die Ausgaben sind zum Gutteil wohl begründet und notwendig.

Wenn man die Leute auf der Straße fragt, ob das Budget einnahmenseitig oder ausgabenseitig saniert werden soll, sagen die meisten Befragten aus ihrem Alltagsverständnis heraus, dass dies auf der Ausgabenseite passieren soll. Wenn man aber fragt, ob man für Pflege, Bildung, Gesundheit etc. mehr ausgeben und dafür bei den hohen Einkommen und Vermögen mehr Steuern einheben soll, sehen die Antworten anders aus.

II. VERBÜNDETE IN DER GESELLSCHAFT

Welche Allianzen und Verbindungen könnte die Sozialdemokratie also auf gesellschaftspolitischer Ebene eingehen? Hier stehen vor allem vier Gruppierungen im Mittelpunkt

- **Allianzen mit der Wissenschaft**

Wissenschaftler*innen scheuen die parteipolitische Vereinnahmung. Wenn man aber konkrete Forderungen erhebt und sie gemeinsam mit intellektuellen Kapazitäten auf dem jeweiligen Gebiet präsentiert, dann können solche Persönlichkeiten sicher gewonnen werden. Ich denke dabei an diverse Fach-

richtungen, keineswegs nur an die Wirtschaftswissenschaftler*innen, wobei es in diesem Bereich darum geht, jenen eine Stimme zu geben, die abseits der Mainstream-Ökonomie stehen, wie etwa der zitierte Stephan Schulmeister.

- **Kirchen und deren soziale Organisationen**

Die unfaire Verteilung des Wohlstands, die Ausbeutung von Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die unmenschliche Haltung in der Migrationspolitik, all das ist für Organisationen wie die Caritas oder die Diakonie mehr als kritikwürdig. Auch die katholische Kirche hat heute glücklicherweise eine äquidistante Haltung zu den Parteien, aber in der Bevölkerung, vor allem auf dem Land, wird sie von vielen Leuten noch immer als mit der ÖVP verbunden gesehen. Politik und Religion müssen getrennt sein, gerade deswegen wäre es wünschenswert, wenn deutlich wird, dass eine christliche Überzeugung keineswegs eine politische Unterstützung der ÖVP nahelegt.

- **Menschen, die sich für Tiere einsetzen**

Viele Menschen heißen es keineswegs gut, wie Tiere – fühlende Wesen – behandelt werden. Dass das Verbrechen der Massentierhaltung überhaupt noch möglich ist, beruht ja darauf, dass es im Wesentlichen vor der Öffentlichkeit verborgen wird. Nun, da die Massentierhaltung mit dem Entstehen und der Verbreitung von Zoonosen in Verbindung gebracht wird, wäre der Zeitpunkt günstig, dieses Thema anzugehen. Die Sozialdemokrat*innen sind immer gegen Ausbeutung aufgetreten und haben den Schwächeren ihre Solidarität versichert. Es ist an der Zeit, sich auch gegen die Ausbeutung der Tiere zu wenden. Wir wissen, dass Schweine intelligente, soziale Wesen sind, wir wissen um den Stress, den eine Kuh erlebt, wenn ihr ihr Junges entrissen wird. Und wir sehen die Angst in den Augen der Nerze, bevor sie getötet werden. Daraus *nicht* den Schluss zu ziehen, dass wir gegen diese Leid ankämpfen müssen, wäre selbst eine Grausamkeit.

- **Menschen, die sich für den Umweltschutz einsetzen**

Aber nicht allein das Mitgefühl mit den Tieren gebietet rasches Handeln, obwohl es tausendmal Grund genug wäre. Wir wissen, dass das agroindustrielle System, zu dem die Massentierhaltung gehört, mit dem ökologischen Überleben der Menschheit nicht vereinbar ist. Die ÖVP steht auch hier auf der anderen Seite, nämlich jener der Agroindustrie. Die ökologische Frage hat einen starken Bezug zur sozialen Frage. Es sind die sozial Benachteiligten, welche die Folgen der Klimakata-

strophe am stärksten und am ehesten treffen. Und es sind die Reichsten der Gesellschaft, die besonders viel zur Klimaüberhitzung beitragen. Das Verhindern der Klimakatastrophe kann nur gelingen, wenn es auch zur Eindämmung der „Ungleichheitskatastrophe“ führt (vgl. Chomsky/Pollin 2021). Daher sind jene, die Umwelt und Klima schützen wollen, die natürlichen Verbündeten der Sozialdemokratie und umgekehrt.

III. CONCLUSIO: KÜNFTIGE REGIERUNGSSALLIANZEN

Vielleicht sehnen sich manche in der SPÖ nach einer Rückkehr zur großen Koalition, am besten als stärkere Partei, gegebenenfalls aber auch als Juniorpartnerin. Ich halte die Hoffnung auf eine Koalition mit der ÖVP für *irreführend und falsch* und meine, dass die SPÖ sich davon lösen und auf *neue Allianzen* hinarbeiten muss. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen:

In der Vergangenheit musste die SPÖ in der gemeinsamen Regierung mit der ÖVP viele Zugeständnisse machen, einfach, weil diese immer eine Alternative (die FPÖ) hatte, die SPÖ aber nicht. Die Annahme, die Wahl von Herbert Kickl zum FPÖ-Obmann mache eine ÖVP-FPÖ Koalition unmöglich, wäre eine gefährliche Illusion. Diese Rahmenbedingungen würden sozialdemokratische Politik in einer Koalition mit der ÖVP nicht erkennbar werden lassen.

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass eine fortschrittliche Politik in Österreich erst wieder möglich sein wird, wenn weder die ÖVP noch die FPÖ in der Regierung sind.

Damit bin ich bei dem, was man früher als Ampelkoalition bezeichnet hat, einer Koalition aus SPÖ, Grünen und NEOS. Zwar hätte diese Konstellation nach den Umfragen gegenwärtig keine rechnerische Mehrheit, allerdings ist eine solche weniger weit weg von einer Realisierung wie z. B. eine relative Mehrheit der SPÖ. So oszillieren die Umfragedaten momentan etwa bei 26 % für die SPÖ, 12 % für die Grünen und 10 % für die NEOS. Das ergibt 48 %. Die ÖVP liegt bei rund 33 %, die FPÖ bei 19 %, das ergibt rund 52 %. Das sind keine exakten Zahlen, aber Zahlen in der Bandbreite der jüngeren Umfragen. Es zeigt sich hier zwar auch eine rechnerische Mehrheit von türkis-blau, dennoch ist bei zwei Lagern mit 52 % zu 48 % eine Verschiebung der Mehrheit von einem Lager zum anderen denkbar. Die Tendenz zu einer solchen Verschiebung ist ja im Gefolge der aktuellen ÖVP-Skandale und des mangelhaften Corona-Managements bereits erkennbar.

Inhaltlich kann eine solche Neuausrichtung auch die Glaubwürdigkeit der SPÖ erhöhen. Wenn der Eindruck entsteht, dass die SPÖ einerseits zwar Kurz kritisiert, aber andererseits gerne mit ihm koalieren würde, führt das zu einer kraftlosen und unglaubwürdigen Politik. Die Grünen sind momentan mit der ÖVP in einer Koalition. Ohne Zweifel leiden sie darunter und dieses Leiden wird sich noch vergrößern. Das birgt Sprengstoff. Schon deshalb sollte die SPÖ die Türen zu den Grünen weit offenhalten. Tatsächlich gibt es mit den Grünen viel Übereinstimmung, sowohl in der Sozialpolitik als auch in der Ökologie, die ein Kernthema sein muss.

Die NEOS haben in einigen Belangen eine sehr wirtschaftsliberale Position, die mit sozialdemokratischen Ansichten nicht kompatibel ist. Allerdings ist es für jede Partei, besonders für eine kleinere, klar, dass sie sich in einer Koalition nicht voll und ganz durchsetzen kann, sondern Schnittmengen finden muss. Und es gibt zwischen SPÖ und NEOS eine ganze Menge dieser Schnittmengen, die durch die Politik von Kurz immer größer werden. Hier ist beispielsweise der gesamte Bereich der Menschen- und Bürger*innenrechte, der Medienfreiheit und der Transparenz zu nennen. Die starke Betonung der Bildungspolitik durch die NEOS kann für die SPÖ ebenfalls ein Ansatz sein, um einander zu finden, ebenso wie der große Bereich der Politik für kleine Unternehmen und Selbständige, die von der ÖVP völlig im Stich gelassen werden. Und nicht zuletzt haben die NEOS, bedingt durch die Corona-Krise, ihre Position zum Staat doch einigermaßen korrigiert, auch wenn sie das wohl nicht so ausdrücklich zugeben würden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass eine neuerliche Koalition mit der ÖVP – selbst nach einem Führungswechsel – ein völlig falscher Schritt wäre und dass man das Ziel einer neuen Allianz für Österreich ohne ÖVP und FPÖ verfolgen muss, *also eine SPÖ-geführte Koalition mit Grünen und NEOS.*

Eine Wiederauflage einer Koalition mit der ÖVP wäre dagegen eine Katastrophe für die SPÖ und letztlich auch für Österreich. 🍷

ALEXANDER KOPPENSTEINER

ist Politikwissenschaftler und stellvertretender Vorsitzender des BSA Bezirksclubs Landstraße. Er ist seit vielen Jahren in der österreichischen Sozialversicherung tätig.

Literatur

- Blaha, Barbara/Kocher, Martin (2018): Streitgespräch in der Wiener Zeitung: Wann ist ein Sozialstaat gerecht? Online unter: https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/941971-Wann-ist-ein-Sozialstaat-gerecht.html?em_cnt_page=1 (letzter Zugriff: 27.07.2021).
- Chomsky, Noam/Pollin, Robert: (2021): Die Klimakrise und der Global Green New Deal, Münster: Unrast.
- Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates – Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München: Kunstmann.
- Mazzucato, Mariana (2018): Wie kommt der Wert in die Welt – Von Schöpfern und Abschöpfern, Frankfurt am Main: Campus.
- Schulmeister, Stephan (2018): Der Weg zur Prosperität, Salzburg: Ecowin.
- Wilkinson, Richard/Pickett Kate (2009): Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin: Tolkemitt.



Deckblatt DAS KLEINE BLATT
Nr. 300 / 6. Jahrgang / Oktober 1932

„Lifestyle-Linke“ versus „Breitband Sozialdemokratie“

Die Reduktion der Vielfalt und Breite politischer Themen, die für große Teile unserer Gesellschaft von nachhaltiger Bedeutung sind, auf Randthemen, führt die Sozialdemokratie nach und nach in die politische Bedeutungslosigkeit und erklärt den Verlust der Gestaltungsmöglichkeit in allen relevanten Bereichen. Diese Entwicklung zeigt sich in vielen Bereichen, etwa bei der Betonung von Themen wie der „Geschlechteridentität“, wie **FRIEDRICH KLOCKER** ausführt ...

I. EINLEITUNG

Das Wehklagen über den Verlust sozialdemokratischer Identitäten, über den Mangel an offenem, ehrlichem und inhaltlichen Diskurs, ist laut. Beklagt wird dabei nicht zuletzt das Fehlen publizistischer und medialer Möglichkeiten, die Ideen, Vorschläge und Absichten der SPÖ einer breiten Öffentlichkeit nahe zu bringen. Wir alle kennen den österreichischen Medienmarkt, der, wie selbst Fachleute konstatieren, kaum den Ansprüchen einer entwickelten Demokratie, in der Meinungsbreite und Meinungsvielfalt zu einem Kernelement zählt, gerecht wird. Diese Kritik gilt sowohl für den Printbereich als auch für die elektronischen Medien, letztlich also das Fernsehen. Wir haben es in Österreich mehr oder weniger mit einem Medienmarkt zu tun, der dem konservativen Politikspektrum zuzuordnen ist, was den massenmedialen Auftritt anbelangt – im Segment der Medien, in denen ein intellektueller Diskurs stattfinden kann, nimmt die ZUKUNFT seit jeher eine wichtige Rolle ein. Und diese Rolle sollte deutlich geschätzt und gestärkt werden.

Ein Sponti-Spruch lautet: „Kakerlaken überleben einen Atomschlag, sterben aber, wenn man sie mit einer Zeitung erschlägt. Das beweist, wie gefährlich die Medien sind.“ Über viele Jahrzehnte hat die ZUKUNFT ihre „Gefährlichkeit“ unter Beweis gestellt, weil es im sozialdemokratischen Umfeld wohl kein besseres Medium gab und gibt, intellektuelle De-

batten über all die Themen, die die Gesellschaft, den Staat, die Menschheit und die Zukunft betreffen, trefflich zu führen. Und von dieser Möglichkeit hat man gerade in den 1970er-Jahren und danach ausführlich Gebrauch gemacht.

Viele politische Themen wurden erstmals auf dem Weg über die ZUKUNFT ans Licht der Öffentlichkeit gebracht, haben Debatten ausgelöst und zu politischen Entscheidungen geführt, die im Interesse breiter Teile unserer Gesellschaft lagen.

Ich habe den Eindruck, dass sich der politische Diskurs in der SPÖ mehr und mehr in Kleingruppen verlagert hat. Dort treffen sich Gleichgesinnte, die sich über Themen unterhalten, die sehr oft den Anspruch der politischen Breite kaum erfüllen können. Kritiker*innen sprechen daher nicht ganz zu Unrecht davon, dass sich die SPÖ vielfach vom Kern ihres – auch historisch gewachsenen – Selbstverständnisses entfernt hat und immer weniger in der Lage ist, die echten Bedürfnisse der Menschen aufzunehmen und in politische Handlungen umzusetzen. Dieses Phänomen lässt sich für alle erkennbar an Wahlenden festmachen, an denen Sätze wie: „Wir müssen die Menschen mehr mitnehmen“, oder „Wir müssen in die Menschen deutlicher hineinhören“ diese Diskrepanz zum Ausdruck bringen. Den Worten folgen aber in den seltensten Fällen die notwendigen Taten.

II. DAS THEMA ARBEIT UND DER STARKE MANN

Wie gesagt: Das Kernthema der österreichischen – und internationalen – Sozialdemokratie dreht sich um den Begriff und das Thema Arbeit in all den diesbezüglichen Facetten. Von der Absicherung der arbeitenden Menschen, der gerechten Entlohnung, der sozialrechtlichen Absicherung, der Aus- und Weiterbildung, der gewerkschaftlichen Vertretung bis hin zum Wohlfahrtsstaat, um nur einige wenige Begriffe in diesem Zusammenhang zu nennen, reicht die Palette dessen, was die Sozialdemokratie in diesem Politikfeld geleistet hat. Gerade die materielle Absicherung von Menschen durch Arbeit ist eine der großen politischen Leistungen, die unsere Gesinnungsgemeinschaft erbracht und die uns stark gemacht hat.

Bruno Kreisky, den ich bis zu seinem Tod unter anderem als Generalsekretär der *Kreisky Kommission für Beschäftigungspolitik in Europa* begleiten durfte, hat die aus meiner Sicht richtige These vertreten, dass die Perspektive des Verlusts des Arbeitsplatzes oder gar Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Unsicherheit, Zukunftsangst und Entsolidarisierung immer die Gefahr in sich birgt, die Grundlagen für undemokratische Entwicklungen zu schaffen. Letztlich lässt dies den Ruf nach dem „starken Mann“, der alles in Ordnung bringt, laut werden, führt also zu Diktatur und Faschismus, die Kreisky in seinem Leben mehrfach erfahren musste.

III. DIE DIGITALE REVOLUTION

Wie ich ausführte, haben wir angesichts der aktuellen Pandemie eine Situation zu vergegenwärtigen, in der mehr Menschen ohne Arbeit sind, als jemals seit Ende des 2. Weltkrieges. Derzeit gibt es in Österreich rund 435.000 Menschen ohne Arbeit, dazu kommen rund 240.000 Personen in Kurzarbeit. Die Unsicherheit und die Zukunftsangst ist also groß, weil niemand sagen kann, wie es mit der Aussicht auf Arbeit nach Überwindung der Pandemie bei uns aussehen und wie es weitergehen wird. Und dabei stehen wir erst am Anfang der digitalen Revolution und Automatisierung, die in ihrer Konsequenz viel Positives bewirken, aber auch viele Arbeitsplätze ersatzlos vernichten werden. Es gibt eine Studie, beauftragt von der EU-Kommission, die besagt, dass diese Digitalisierung bis zu 16 % an Arbeitsplätzen kosten wird, die nicht ersetzt werden können. Noch dramatischer in diesem Kontext dürfte die Perspektive in den USA, ein wichtiger Handelspartner der EU, sein, dort gibt es Studien, nach denen bis zu 49 % der aktuellen Arbeitsplätze ersatzlos wegfallen dürften.

Sich dieser Herausforderung zu stellen, sehe ich als zentrale Aufgabe der SPÖ an – in letzter Konsequenz auch aus der Überlegung heraus, auf diese Weise wieder eine mehrheitsfähige Politik anzubieten, weil erst durch – hoffentlich – absolute Mehrheiten jene Reformen in allen sozialen, wirtschaftlichen, bildungspolitischen und geschlechteradäquaten Bereichen umgesetzt werden können, von denen wir seit Jahren reden und die wir oft diskutieren. Mein Plädoyer ging dahin, sich zunächst wieder den Kernelementen sozialdemokratischer Politik, dazu zählt meiner Meinung nach vorrangig die Arbeitsmarktpolitik, zuzuwenden, um auch anderen wichtigen Themen zum Durchbruch zu verhelfen – ganz so, wie wir es in den 1970er und 1980er-Jahren vermochten. Bis heute zehren viele Menschen in Österreich von dieser Reformarbeit und viele arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Elemente, die vielen Menschen über die aktuelle Krise hinweghelfen, gehen grundsätzlich auf diese Reformleistungen der SPÖ zurück. Es geht mir in meinen Forderungen daher um das Setzen von Prioritäten in der politischen Arbeit der SPÖ unter dieser Betrachtungsperspektive und nicht um grundsätzliche Exklusion anderer Themen.

IV. DIE SELBSTGERECHTEN

In diesem Sinne hat das Thema Arbeit für mich einen größeren Stellenwert als andere Themen, wozu auch „Gendern“ zählt. Vor allem auch deshalb, weil „Gendern“, wie wir diese Frage in der SPÖ zumeist diskutieren, für mich persönlich nur bedingt mit Frauenpolitik und Feminismus zu tun hat. Der Umgang und die verstümmelte Debatte um das Thema „Gendern“ – wobei Gendern laut den Befürworter*innen als Synonym für die Gleichberechtigung von Frauen steht – zeigt für mich in erschreckender Weise eine Entwicklung in



SAHRA WAGENKNECHT
DIE SELBSTGERECHTEN.
MEIN GEGENPROGRAMM – FÜR
GEMEINSINN UND ZUSAMMENHALT
Frankfurt am Main: Campus
320 Seiten | € 24,49
ISBN: 978-3954717835
Erscheinungstermin: April 2021

der „Linken“ auf, die Sahra Wagenknecht in ihrem Buch *Die Selbstgerechten* als Rausch des Tugendterrors bezeichnet.

Die ZUKUNFT wäre wahrscheinlich ein geeignetes Medium, um solche Fragen über den engen Bereich von sogenannten „Gremialwirklichkeiten“ hinausgehend in der gesamten Palette der Themen breit und offen zu diskutieren. So wie dies in der Vergangenheit auch der Fall war und auch im doppelten Sinn des Wortes ZUKUNFT haben soll. Eine wirklich offene Diskussion wird weitgehend unterbunden, weil Differenziertheit im Diskurs erbarmungslos sanktioniert wird – und umgekehrt Meinungskonformität mit Zustimmung, gerade in den Gremien, belohnt wird. Wagenknecht bezeichnet diese Haltung als „Life-Style-Linke“, in der es leicht erkennbar darum geht, „seine offensichtliche Neigung, seine Privilegien für persönliche Tugenden zu halten und seine Weltsicht und Lebensweise zum Inbegriff der Progressivität zu verklären.“ In diesem Sinne wird „die Alltagssprache ständig nach Wörtern durchsucht, die jemanden verletzen könnten und die es fortan zu meiden gilt“. Die Schlussfolgerung daraus ist laut Wagenknecht, dass „dabei die Zahl der Denkgelote und Benimmregeln in einem Tempo, in dem Normalbürger – also Leute, die sich tagsüber mit anderen Dingen als mit diskursiver Awareness beschäftigen – keine Chance haben mitzuhalten“.

Wir sehen, wie ich überzeugt bin, eine Auswirkung dieser Entwicklung in der SPÖ wohl auch darin, dass die Zustimmung der Wähler*innen zu diesem Kurs mehr als enden wollend ist. Noch nie ist die SPÖ derart schlecht in der Wähler*innengunst gelegen, wie derzeit.

V. CHANGEGERECHTIGKEIT UND HOHE MIETEN

Der deutsche Philosoph Richard David Precht ergänzt und erweitert die Debatte um die Einengung des politischen Diskurses in der Linken unter Verweis auf den Grünen Robert Habeck und dessen Niederlage um die „Kanzlerkandidatur“ als umgekehrten Sexismus. Nach Precht gibt es

„auch umgekehrten Sexismus, nicht nur den von Männern gegenüber Frauen. Ich habe eine fundamentale Kritik an der Biologisierung von Kompetenzen. Dass man ein Amt von Geschlecht abhängig macht, habe ich immer für falsch gehalten, egal ob bei Männern oder Frauen.“

Und Precht folgert weiter:

„Überall, wo man sagt, Frauen werden bei gleicher Eignung bevorzugt, halte ich das für falsch. Ich kann Emanzipation nicht daran erkennen, zu sagen, jetzt wart ihr so lange dran, jetzt sind wir mal dran. Das entspricht in keiner Form der Idee der Chancengerechtigkeit“ (siehe: Kurier, vom 25.04.2021).

Es geht, wie ich das grundsätzlich sehe, also sowohl um die Breite, als auch um die intellektuelle Umfasstheit von Themen, die von politischer, sozialer, gesellschaftlicher, bildungspolitischer und wirtschaftlicher Relevanz sind, für die die ZUKUNFT geradezu prototypisch als Plattform des Diskurses zur Verfügung steht. So wie ich – und in Wahrheit viele andere – die Situation beurteile, haben wir es in der Sozialdemokratie, und zwar nicht nur bei uns in Österreich, mit einer deutlichen Verengung der thematischen Vielfalt und diskursiver Offenheit in dieser Hinsicht zu tun.

Hannes Androsch weist darauf jüngst in einem Statement im *profil* („Sonst wird die SPÖ eine Sekte“, 22.4.2021) hin, wenn er warnend zu einem Parteitagsantrag zum Thema „Geschlechteridentität“ meint, man müsse auch kleine Gruppen würdevoll behandeln, „aber man darf die Gewichtung nicht verlieren. Wenn man sich nur auf solche Themen (Anmerkung: „Geschlechteridentität“) fokussiert, wird man eine Sekte.“ Folgerichtig müssten Themen wie Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Finanzierung des Sozialstaates im Mittelpunkt der politischen Arbeit der Sozialdemokratie stehen, pragmatisch unter dem Gesichtspunkt, Mehrheiten der Bevölkerung anzusprechen und für die Themen der SPÖ begeistern zu können.

Vielleicht ist es geboten, an dieser Stelle auf die Debatte um Wolfgang Thierse hinzuweisen, der zurecht die Forderung erhob, Themen von zentraler Bedeutung, die zudem für die Identität der Sozialdemokratie stehen, anzusprechen und dafür ungebührlich und völlig falsch von der Parteiführung der SPD kritisiert wurde. Die gesellschaftliche Spaltung, die Genosse Thierse warnend hervorhob, ist nämlich genau ein Produkt dieser Konzentration des Politischen auf Marginalisierung innerhalb der Sozialdemokratie. Der Kontrapunkt, den Thierse setzen wollte, war die Warnung, dass es der Linken nicht mehr um die (Verbesserung der) Lebensbedingungen geht, sondern um die Säuberung ihrer Lebenswelt. Und um Stegemann zu zitieren, der dazu schreibt:

„Die Werte der sozialen Linken waren Solidarität, Inklusion und gleichberechtigte Chancen. Ihre politische Metho-

de bestand in der klugen Analyse der Herrschaftsverhältnisse, und ihre rhetorische Kraft bezog sie aus dem dialektischen Denken.“

Ich habe den Eindruck, dass dieser Anspruch in der Sozialdemokratie, vor allem im Bereich ihrer „Eliten“, weitgehend abhandengekommen ist.

Eine der sichtbaren Folgen ist, dass die SPÖ auf Bundesebene weit davon entfernt ist, jene Unterstützung der Wähler*innen zu bekommen, um gestalten zu können. Wer auf Minderheitenthemen setzt, sich durch „Political Correctness“ geißeln lässt, bleibt in der Minderheit und verliert den Anspruch auf Zuspruch.

Auch wenn „Arbeit“ ohne Zweifel zur Kernmarke und Identität der Sozialdemokratie gehört, gibt es noch andere wichtige Themen, die deutlicher als bisher in den Fokus der Arbeit der SPÖ gerückt werden sollten. Dazu zählt beispielsweise vorrangig das Thema Wohnen, weil wir in Österreich zwar im Vergleich günstige Mieten – insbesondere im Bereich des geförderten Wohnbaus – haben, aber die Entwicklung der Mietpreise nach oben zunehmend zur Belastung für viele Menschen wird. Der nächste Kostenschub kündigt sich bereits an, weil im Gefolge der Corona-Epidemie die Preise für Baumaterialien deutlich anziehen und sich diese Situation umgehend auf die Mieten und Kaufpreise für Wohnungen durchschlägt. Es bedarf daher deutlich mehr, als proklamatorischer Kampfrufe oder, wie in Deutschland durch die SPD der Fall, etwa die Forderung nach Vergesellschaftlichung von Wohnungen. Es bedarf konkreter Konzepte und Strategien, die von einer Mehrzahl der Menschen nicht nur verstanden, sondern auch akzeptiert werden können.

VI. SCHLUSS: VON DER ZUKUNFT

In diesem Kontext ist durchaus zu beklagen, dass die sogenannten „Eliten“ der SPÖ kaum noch bereit scheinen, anders als noch in den 1970er- und 1980er-Jahren, durch theoretische und programmatische Beiträge den intensiven Diskurs zu wichtigen Themen zu intensivieren: von Bruno Pittermann über Bruno Kreisky und Karl Blecha, Ferdinand Lacina, Herbert Tieber, Herta Firnberg, Johanna Dohnal oder auch Egon Matzner – um beispielhaft für viele nur einige wenige zu nennen – hat man vor allem auch die ZUKUNFT als Plattform für diesen intellektuellen Diskurs genutzt. Zum Wohle der SPÖ und des Landes. Eine Praxis, die heute weitgehend abhanden-

gekommen scheint. Was ist der Grund, weshalb die heutigen politischen Eliten der SPÖ ein Medium, wie es die ZUKUNFT ist, nicht nützen, um ihre Vorstellungen für das Land und die Partei darzulegen und damit vielleicht auch Hoffnung und Perspektive zu vermitteln? Es ist dies offensichtlich nur ein Manko von vielen, mit dem sich möglicherweise die schwindende Bedeutung der Sozialdemokratie erklären lässt.

Der „Geburtstag“ der ZUKUNFT kann und soll für die Sozialdemokratie doch auch Anlass sein, sich verstärkt nicht nur dieser publizistischen Möglichkeit zum politisch-intellektuellen Diskurs zu bedienen, sondern sich ganz grundsätzlich darüber zu unterhalten, wie es gelingen kann, der selbstgestellten Zielsetzung, eine bessere, gerechtere und sicherere Welt zu schaffen, in der politischen Arbeit gerecht zu werden. Dazu bedarf es der mehrheitlichen Unterstützung der Menschen in unserem Land. Es bleibt zu hoffen, dass es der SPÖ bald wieder gelingt, diese mehrheitliche Unterstützung zu bekommen. 🍷

FRIEDRICH KLOCKER

war fast 20 Jahre Sekretär des Bundespartei Vorstandes der SPÖ, Büroleiter mehrerer Parteivorsitzender und BGF, Milizsprecher und Wehrexperte der SPÖ, Vizepräsident des *Milizverbandes Österreich*, sowie Generalsekretär der *Kreisky Kommission für Beschäftigungsfragen in Europa*. Nach dem Ausscheiden aus der SPÖ Parteizentrale war er in verschiedenen leitenden Funktionen in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft tätig.

Literatur

Androsch, Hannes (2021): Sonst wird die SPÖ eine Sekte, online unter: <https://www.profil.at/oesterreich/androsch-sonst-wird-spo-eine-sekte/401359493> (letzter Zugriff: 03.05.2021).

Precht, Richard David (2021): Es gibt auch umgekehrten Sexismus, online unter: <https://kurier.at/politik/ausland/philosoph-precht-es-gibt-auch-umgekehrten-sexismus/401361950> (letzter Zugriff: 03.05.2021).

Wagenknecht, Sahra (2021): *Die Selbstgerechten*. Mein Gegenprogramm – Für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt am Main: Campus.

Gemeinsinn und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der Beitrag von **THOMAS NOWOTNY** bespricht die jüngste Publikation von Sahra Wagenknecht und fasst die wichtigen Diskussionen zusammen, die sich nicht zuletzt dadurch ergeben haben, dass die Politikerin der LINKEN Positionen vertritt, die dem „Völkischen“ und der AfD entsprechen ...

I. EINLEITUNG

Sahra Wagenknecht war bis 2019 Fraktionsvorsitzende der deutschen Partei DIE LINKE. Sie ist nunmehr Spitzenkandidatin dieser Partei für die anstehenden Bundestagswahlen im größten deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen. Der Öffentlichkeit ist sie aber vor allem als Publizistin und Kommentatorin bekannt. Ihr jüngstes – hier besprochenes – Buch *Die Selbstgerechten – Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn* und Zusammenhalt wurde sehr breit und vielfach sehr kritisch diskutiert. Letzteres auch in der eigenen Partei, wo darob in ihrem Landesverband Nordrhein-Westfalen ein Antrag auf Parteiausschluss eingebracht wurde.

Das verweist auf die Emotionen, welche mit dem Buch ausgelöst wurden. Sie beziehen sich nicht auf dessen zweiten Teil, mit seinen sachlich gut begründeten Vorschlägen für Alternativen in Kernbereichen der Politik. Die kritische Diskussion und die kritischen Rezensionen beziehen sich vor allem auf den ersten, sehr polemischen Teil des Buches. Er ist eine Abrechnung mit den von Wagenknecht so genannten „Lifestyle-Linken“. Diese sähen sich als „linksliberal“, wären aber tatsächlich weder links noch liberal. Sie seien nicht „links“, weil sie nicht länger die benachteiligten Schichten der Bevölkerung vertreten. Und sie seien nicht liberal, weil sie leugnen, dass es allseits verbindliche, rational begründete politische Werte geben könne.

Der Niedergang der großen traditionellen europäischen Linksparteien sei dadurch verursacht, dass diese selbstverliebten und selbstgerechten Menschen aus dem akademischen Mittelstand zunehmend das Erscheinungsbild der traditionellen Linksparteien geprägt hätten. Dadurch hätten sich diese traditionellen Parteien ihrer alten Kernwähler*innenschaft, der minderverdienenden Arbeiter*innenschaft, entfremdet.

II. FRIDAYS FOR FUTURE UND DIE BERGARBEITER*INNEN

Ein von Wagenknecht geschilderter Zwischenfall macht das augenscheinlich: Jugendliche aus der *Fridays for Future*-Umweltbewegung organisierten einen Protestmarsch ins Lausitzer Braunkohlerevier, um eine sofortige Stilllegung des Kohle-Abbaus durchzusetzen. Es kam zu einem Zusammenstoß mit Bergarbeiter*innen, die sich einem ersatzlosen Verlust ihrer Arbeitsplätze entgegenstellten. Nun kann man einwenden, dass es sich dabei um den Konflikt von zwei durchaus verständlichen und großen Anliegen handelt, so dass der Konflikt keine der beiden aufeinanderstoßenden Gruppen delegitimiert.

Weniger nachvollziehbar und berechtigt scheint der aufgeheizte Konflikt um Symbole und bloße Haltungen: der Konflikt darüber, ob vegane Schnitzelesser*innen berechtigter Weise für ihr sündiges Verhalten kritisiert werden dürfen; ob man „politisch korrekte“ Sprache einmahnen und darauf bestehen darf, dass lang verwendete, allen geläufige Worte unter Sanktionsdrohung durch genderneutrale ersetzt werden; der Konflikt darüber, ob es vertretbar und gerecht ist, all jene als Rassist*innen zu denunzieren, denen massive Zuwanderung aus außereuropäischen Staaten mit ihren sehr anderen Kulturen etwas Unheimliches ist; und ob es schließlich politisch und moralisch sinnvoll ist, sich selbstgerecht mit immer kleineren Gruppen von Menschen zu identifizieren, welche als Opfer des übrigen, größeren Teils der Gesellschaft vorgestellt werden; wodurch dieser größere Teil der Gesellschaft – die notorischen „weißen alten Männer“ – automatisch als Übeltäter, Aggressoren und Unterdrücker auf die Anklagebank gestellt werden.

III. ZERSTÖRTE SOLIDARITÄT UND RESENTIMENT?

Hinter all diesen Attitüden der „Lifestyle-Linken“ steckt ein gehöriges Stück von Anmaßung; ein als selbstverständlich erachtetes Recht, sich über andere zu erheben; und diese dadurch im wortwörtliche Sinn zu de-klassieren; also einer moralisch minderwertigeren Unterschicht zuzuordnen. Die „Lifestyle-Linke“ zerstört damit das, was Linken oberstes Gut sein sollte und durch lange Zeit oberstes Gut war; nämlich den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt; die gesamtgesellschaftliche Solidarität.

Man kann diesen Vorwurf der Zerstörung von Solidarität freilich auch gegen Wagenknecht selbst umkehren. Sind die Jugendlichen, welche in der Lausitz für die baldige Schließung der Kohle-Bergwerke protestieren allesamt nur Arbeiter*innenfeindliche Egomane? Sind jene, welche Flüchtlingen freiwillig Deutschunterricht geben, Feinde der deutschen nationalen Solidaritätsgemeinschaft? Und schimmert da in der Polemik gegen die neue, die sozialdemokratischen Parteien zunehmend bestimmende akademische Mittelschicht, nicht auch ein Generalverdacht gegenüber sämtlichen Eliten durch, selbst wenn sich diese als „Linke“ verstehen? Aber darüber hinaus: ist diese ganze Polemik Wagenknechts nicht auch durchdrungen von Skepsis gegenüber Intellektualität überhaupt; eine Skepsis, so wie sie – zu deren großen politischen Nutzen – von radikalen, rechtspopulistischen Bewegungen angefacht wird?

Ähnlich sind sich Wagenknecht und die populistische, nationalistische Rechte auch durch den Gebrauch einer die Gegner*innen herabwürdigenden, denunziatorischen Sprache, durch welche diesen Gegner*innen der Anspruch auf Seriosität, ja auch der bloße Anspruch auf Gehört-Werden entzogen wird. Beispiele dafür sind im ganzen Text verstreut: Die sich sozial und umweltbewusst gebenden Eltern, welche ihre „Kinder im Elektro-Zweitauto in eine Elite-Schule chauffieren“; jene, die auf den Balkonen ihrer „schicken Altbauwohnung Petersilie züchten“, die ihr Studium „mit Papas Vermögen und Mamas Beziehungen“ geschafft haben; und die sich als „Sittenwächter“ für politische Korrektheit mobilisieren; die verächtlich auf die ihnen fremden Bewohner*innen der alten „Plattenbauten“ (wie sie in der DDR so wie im gesamten Ostblock üblich waren) hinunterblicken etc.

IV. NATIONALISTISCH-POPULISTISCHE EXTREME UND DAS „VÖLKISCHE“

Ein weiterer Gleichklang der Wagenknechtschen Argumente mit jenen der nationalistisch-populistischen extremen politischen Rechten sollte ebenfalls Alarmglocken schrillen lassen. Es ist das die Ablehnung nicht bloß der Globalisierung (wofür sich noch einige Argumente finden ließen), sondern auch die Skepsis gegenüber der europäischen Integration. Politik könne – so Wagenknecht – nur innerhalb einer Solidaritätsgemeinschaft wirksam gemacht werden, die als solche wahrgenommen wird und die sich als solche bewährt habe. Die Mitgliedstaaten der Union seien voneinander zu verschieden. Diese Unterschiedlichkeit bilde keine verlässliche Grundlage für eine weitreichende gemeinsame Politik der Union. Das würde sich auch daran beweisen, dass die Union bei allen größeren Herausforderungen der jüngeren Vergangenheit versagt hätte.

Abgesehen von der Anbiederung an einst gängige „völkische“ Argumente ist diese Behauptung auch schlichtweg falsch. Die Finanzkrise des Jahres 2008 hat nicht das Ende des Euro gebracht, sondern dessen Stärkung. Heute zweifelt niemand mehr an seinem Fortbestand. Auch eine handlungsfähige Bankenunion wurde damals geschaffen. Der Corona-Pandemie hat sich die Union mit dem gemeinsamen Kauf von Impfstoff entgegengestellt (was wäre gewesen, wenn die Union das nicht getan hätte und alle Mitgliedstaaten separat um seine Kontingente hätte kämpfen müssen?). Schließlich kam es infolge der Pandemie zur – vorher als unmöglich erachteten – Aufnahme von gemeinsamen Schulden; und damit zum Entstehen eines „tiefen“ Euro-Kapitalmarktes. Die EU ist an unmittelbaren Herausforderungen also zumeist gewachsen und hat zumeist nicht versagt.

Und schließlich: kaum eine der anstehenden, wirklich großen Aufgaben ließe sich von einem nur für sich selbst handelnden EU-Mitgliedstaat bewältigen, selbst nicht von einem Mitgliedstaat wie Deutschland, mit seinem etwas größeren wirtschaftlichen und politischen Gewicht. Man verzeihe die verbale Mini-Aggression: *national* lässt sich *Sozialismus* nicht verwirklichen; und nicht einmal eine aufgeklärte, menschenwürdige Marktwirtschaft.

Das zeigt sich nicht zuletzt auch im zweiten Teil des Buches mit Vorschlägen für eine alternative Wirtschaftspolitik. Keine dieser Vorschläge ließen sich in einem nur für sich selbst handelnden Deutschland umsetzen. Umgesetzt werden

könnten solche grundsätzlichen, wirtschaftlichen Reformen nur in einer – sich zunehmend konsolidierenden – Europäischen Union.

V. FINANZKAPITAL UND DEMOKRATIE

Dabei sind die wirtschaftspolitischen Vorschläge Wagenknechts durchaus beachtlich; wie etwa die Kritik an dem vom Finanzkapital bevorzugten und geförderten Unternehmensmodell von Aktiengesellschaften. Es verleitet dazu, Werte aus der Wirtschaft abzuschöpfen, statt ihr durch Mehrung von Betriebs- und Humankapital neue Werte zuzuführen. So werden dadurch die echten Leistungsträger*innen bestraft und die bloßen Abzocker*innen begünstigt. Wagenknecht fordert daher eine neue Organisationsform für Großunternehmen in der Form von „Leistungseigentum“, mit der es dann eben mehr Wertschöpfung und weniger „Wertabschöpfung“ geben würde. Zurecht verweist Wagenknecht auch darauf, dass der Beitrag des Staates zur Wohlfahrtsmehrung weit unterschätzt wird; und dass zum Beispiel in den staatlichen Budgets Ausgaben für Forschung und Bildung nicht als Investitionen, sondern als unproduktive Ausgaben registriert werden.

Was Saha Wagenknecht da vorschlägt ist also keineswegs die von Altkommunist*innen einstmals erträumte Abschaffung der Marktwirtschaft und „Expropriation der Expropriateure“. Es geht ihr vielmehr darum, die Dysfunktionalitäten zu beseitigen, welche der Entfaltung einer echten Wohlstand mehrenden Wirtschaft und echter Leistungsbereitschaft im Wege stehen.

Wohlüberlegt und sachlich fundiert sind auch die Anregungen zur Sanierung der Demokratien. Offensichtlich leiden diese zunehmend an innerer Schwäche. Das bedroht sie gründlicher als die Gegnerschaft autoritärer Regime. Um dem abzuwehren wird von Wagenknecht vorgeschlagen, die legislativen Verfahren durch „Bürgerforen“ zu ergänzen, in denen durch Los ausgewählte, für die Gesamtbevölkerung repräsentative, Staatsbürger*innen unter Mitwirkung von Expert*innen, im Konsens Vorschläge für die Lösung auch sehr kontroversieller Themen unterbreiten. Ein solches Verfahren hat sich zuletzt in Irland bewährt, als es möglich wurde, durch eine solches Bürger*innenforum neue Regelungen in der Frage der Abtreibung durchzusetzen – ein politisches Problem an dem die konventionelle irische Politik bis dahin gescheitert war.

Die Umsetzung solcher konkreter, im zweiten Teil des Buches gemachter Vorschläge, würde Wirtschaft und Demokratie sicher stärken. Das wäre auch zum Vorteil der weniger privilegierten Teile der Gesellschaft, denen es unter den gegebenen Umständen schwerfällt, ihre Interessen durchzusetzen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind aber nicht länger in der Lage dazu, durch Konsens getragene Lösungen anzubieten. Ursache dafür sind weniger die Mängel in den wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen, denen oft die für solche Korrekturen und für eine solche Umverteilung notwendigen Werkzeuge fehlen. Die Ursachen liegen tiefer in einer zunehmenden Individualisierung und einer zunehmenden Fragmentierung der Gesellschaft in Untergruppen, welche einander bestenfalls verständnislos und in zunehmendem Ausmaß feindlich gegenüberstehen.

VI. FRAGMENTIERUNG, MITTELSCHICHT UND RECHTSPOPULISMUS

Diese Fragmentierung der Gesellschaft hat auch handfeste materielle Gründe – etwa die Einkommensverluste der unteren Mittelschicht und die demgegenüber wachsenden Einkommen der zumeist akademisch ausgebildeten, oberen Mittelschicht. Wäre das aber das hauptsächliche Problem, so ließe es sich auch in einem rationalen Ausgleich von Interessen lösen. Dass dies unmöglich bleibt, ist tiefgreifender gegenseitiger Entfremdung geschuldet; dem Verlust von Gemeinschaftlichkeit und Zusammenhalt, der sich zu blanker Feindseligkeit und gegenseitiger Verachtung aufschaukelt. Wie oben dargestellt, sieht Wagenknecht die hauptsächliche Schuld dafür bei dieser neuen, akademisch gebildeten, ihrer Ansicht nach bloß pseudo-linken Mittelschicht. Aber natürlich ist diese Entfremdung und zunehmende Feindseligkeit auch eine gegenseitige. Sie geht auch von der deklassierten unteren Mittelschicht aus. Mit bloßen materiellen Abfindungen (etwa höheren Transferleistungen zu Gunsten dieser unteren Mittelschicht) kann diese Kluft nicht überwunden werden. Dazu klaffen die Lebenswelten der beiden Teile schon zu sehr auseinander. Auf der einen Seite jene, die sich mit Multikulturalität, Internationalität, raschem Wandel leichter abfinden und für die der frühere bürgerliche Wertekodex von Dauerhaftigkeit, Beständigkeit, Verlässlichkeit und Familiensinn kaum mehr verbindlich ist. Auf der anderen Seite jene, denen das Verwurzelt-Sein in gewachsener Gemeinschaft, unersetzliche Heimat bedeutet und die sich durch ihre Arbeit und nicht durch den Stil ihres Konsums definieren.

Das zeigt sich auch daran, dass diese untere Mittelschicht sowohl in den USA wie auch in Europa politisch zunehmend von rechtspopulistischen Parteien vertreten wird; und nicht, wie zu vermuten gewesen wäre, von Linksparteien, welche sich traditionell für vermehrte Transferleistungen an den weniger privilegierten Teil der Gesellschaft eingesetzt hatten. Rechtspopulist*innen nutzen das Misstrauen, ja den Hass dieser Unterschicht, gegenüber den Eliten, welche den von ihnen nicht gewollten Wandel vorantreiben und von ihm profitieren.

Wie sehr das Materielle dabei in den Hintergrund tritt, zeigen auch die Beispiele von Trump in den USA und von Berlusconi in Italien – Superreiche, die mehr als andere materiell von der Ausbeutung der unteren Mittelschicht profitiert haben und die dennoch Leitfiguren des Aufstands der unteren Mittelschicht wurden.

VII. SCHLUSS

In ihrem Buch hat Wagenknecht im Wesentlichen für eine dieser beiden Streitparteien Partei ergriffen; und dadurch die Spaltung vertieft, die sie – dem Titel ihres Buchs gemäß – mit *Gemeinsinn und Zusammenhalt* überwinden wollte. 🧐

THOMAS NOWOTNY

ist Politikwissenschaftler, Diplomat und Autor. Zwischen 1970 und 1975 war er Sekretär im Büro von Bundeskanzler Bruno Kreisky, seit 1994 ist er als Dozent an der Universität Wien tätig.

Integrationspolitik in der Zukunft

Integration gelingt, Integration scheitert, Integration ist heftig politisiert, Maßnahmen betreffen eher Kultur und Religion, denn Struktur. Wie könnte eine zukünftige Integrationspolitik angelegt sein, um Teilhabe, Zugehörigkeit und Chancengleichheit, aber auch soziale Kohäsion als Gesellschaft zu erreichen? Welche Politik braucht es, um Verhältnisse zu gestalten, die teilhabendes Verhalten und Handeln ermöglichen? **SIEGLINDE ROSENBERGER** versucht sich an einer dichten Antwort auf diese Fragen ...

I. INTEGRATIONSPOLITIK FÜR WEN?

Integrationspolitik basiert auf der Kategorie Migrationshintergrund. Das Problem dieser Kategorie ist, dass sie Ungleichheit und Diskriminierung tendenziell alleine auf Migration zurückführt. Merkmale wie soziale Herkunft und Geschlecht, die unbestritten ebenfalls Quellen von Ungerechtigkeiten darstellen, geraten in den Hintergrund. Um diesem Fallstrick der Vereinseitigung zu entgehen, ist ein konsequenter Generationenschnitt der Integrationspolitik zu überlegen: Verpflichtende wie freiwillige integrationspolitische Maßnahmen sind nur für Neuzugewanderte konzipiert. Ein Augenmerk gilt Geflüchteten – sie brauchen spezielle Maßnahmen sowohl im sozio-ökonomischen als auch im sozio-kulturellen Bereich. Für die nächsten Generationen sind Regelwerke zu gestalten, die sensibel auf unterschiedliche Ausgangssituationen und Ungleichheiten reagieren. Hier ist keine Rede mehr von Integration, sondern von Teilhabe.

II. PRIORISIERUNG DER PROBLEMLÖSUNG

Diese Überlegung mag einem unrealistischen Wunsch gleichen, soll aber anregen, Integrationspolitik sowohl an den Zugewanderten als auch an jenen Wähler*innen auszurichten, die an Chancengleichheit und sozialer Kohäsion interessiert sind. In einer zukunftsorientierten Integrationspolitik bedienen Diskurse und Maßnahmen nicht primär jene Teile der Aufnahmegesellschaft, die sich Strenge, Disziplinierung und Kontrolle erwarten; sie orientieren sich an der Behebung von Bildungsdefiziten, Arbeitsmarktproblemen und fehlen-

den formalen Qualifikationen. Sprache – Deutsch und Herkunftssprache – wird auf allen Ebenen des Betreuungs- und Bildungssystems vermittelt und gefördert. Alle primären Bildungseinrichtungen sollten für dieses Ziel eingesetzt werden, denn mit Sprache korrelieren beruflicher und sozialer Aufstieg. Ein Ausbau des verpflichtenden Kindergartenbesuchs ist zu überlegen.

Zu beachten ist, dass Erwerb von Bildung, Sprache und beruflichen Qualifikationen bei unterschiedlichen Gruppen unterschiedliche Rahmen und unterschiedlich lange dauern kann. Geflüchtete haben meist großen und längeren Bedarf an teilhabe-unterstützenden Maßnahmen, manche Zugewanderte aus EU-Staaten haben Teilbedarfe, andere gar keinen.

III. MASSNAHMENMIX

Die Integrationspolitik ist ein Mix an diversitätssensiblen, struktur- und kultursensiblen Maßnahmen. Sie versteht sich zum einen als Chancengleichheitspolitik, die nicht nur für Zugewanderte Normen und Institutionen gestaltet, sondern für alle (benachteiligten) Gruppen. Eine wirksame Integrationspolitik ist Teil der Politik zur Ungleichheitsbekämpfung. Integrationspolitik der Zukunft versteht sich zum anderen als Demokratiepoltik, die Werte im Konzept von politischer Bildung vermittelt. Integrationspolitik betreibt den Ausbau von politischer Bildung ebenso wie den Ethikunterricht für alle und in gemeinsamen Settings.

Angesichts der jahrzehntelangen negativen Politisierung von Migration, könnte das Recht auf politische Partizipation politische Repräsentant*innen motivieren, auch die Interessen der Zugewanderten zu vertreten. Konflikte würden dann selbstverständlich weiter existieren, aber sie würden weniger über jene, die keine Stimme haben, ausgetragen werden, sondern unterschiedliche gesellschaftliche, soziale und ökonomische Vorstellungen betreffen.

IV. SCHLUSSBEMERKUNG

Auch Integrations- bzw. Diversitätspolitik hat alle Anstrengungen zu unternehmen, den zerstörerischen „Culture Wars“, wie wir sie in den USA und in Großbritannien bereits in der Mitte der Gesellschaft beobachten, die Grundlage zu nehmen. Integrationspolitik als Teilhabepolitik ist eine Voraussetzung, über Ungleichheit aufgrund ökonomischer Ressourcen, Schicht und Klasse und nicht in erster Linie über Kultur und Identität zu streiten – und in dieser Hinsicht ist sowohl die Rechte als auch die Linke gefordert. 🍷



SIEGLINDE ROSENBERGER / OLIVER GRUBER
INTEGRATION ERWÜNSCHT
Wien: Czernin
232 Seiten | € 25,00
ISBN: 978-3707606812
Erscheinungstermin: Oktober 2020

Literatur

Rosenberger Sieglinde/Gruber, Oliver 2020: Integration erwünscht? Österreichs Integrationspolitik zwischen Fördern, Fordern und Verhindern, Wien; Czernin.

SIEGLINDE ROSENBERGER

ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien;
Forschungen zu Migration/Integration/Asyl und politischer
Partizipation. Mail: sieglinde.rosenberger@univie.ac.at.

Vom Wellengang unserer Literatur

THOMAS BALLHAUSEN und HEMMA PRAINSACK haben den Essay *Vom Wellengang unserer Literatur* von OTTO KOENIG mit einer programmatischen Einleitung versehen – Einladung zur Begegnung mit einem Fundstück.

1. VORBEMERKUNG

Mit der Neuorganisation der ZUKUNFT-Redaktion haben wir uns vorgenommen, der konstruktiven Auseinandersetzung mit den Künsten und Fragen der Bildungspolitik deutlich mehr Platz einzuräumen: Wir verstehen, was sich in den Ausgaben der ZUKUNFT seit dem Herbst 2020 gut nachlesen lässt, die Auseinandersetzung mit den Künsten als gesellschaftliche Notwendigkeit und Bildung als Weg als Teil aufgeklärter Selbstverantwortung bzw. gesamtgesellschaftlicher Mitverantwortung. Die Künste – und nicht zuletzt die Literatur – tragen auf ihre spezifischen Weisen zur Gesellschaft bei, eben auch, weil hier schwierige, unangenehme Fragen aufgeworfen oder Einblicke in fremde Erfahrungswelten eröffnet werden können. Entsprechend ist die Arbeit an bzw. mit der Literatur und ihren Akteur*innen in der ZUKUNFT von einer konstruktiv-kritischen Auseinandersetzung geprägt, von einer zu erhaltenden Diskussion um künstlerische Qualität abseits identitätspolitisch begründeter Verkäuflichkeit, von einem Bewusstsein für literaturgeschichtliche Entwicklungen abseits ungeprüfter Abwertung, von einem Wunsch nach Reflexion anstelle zahmer Bestätigung ohnehin vorhandener Haltungen und Vorstellungen. Die kontinuierliche und konsequente Auseinandersetzung mit Literatur in der ZUKUNFT ist somit immer auch eine Arbeit für Literatur, sei es im Vorstellen von neuen Stimmen, sei es im Darstellen von Positionen, die uns als Publikum herausfordern. Es gilt für uns, den Austausch über bzw. mit der Literatur zu erhalten, eben weil Qualität und Risiko den Leser*innen zumutbar ist, aus einer Mitverantwortung am kritischen Diskurs nicht einfach entlassen werden kann. Auch aus diesen Gründen haben wir für die vorliegende Jubiläumsausgabe die Studie *Vom Wellengang unserer Literatur* für einen Wiederabdruck ausgewählt. Dieser Essay, der im Mai 1946 in der ZUKUNFT erschien, steht exemplarisch für die Beschäftigung mit Literatur und ihren Kontexten. Das meint

freilich nicht eine affirmative Begegnung mit einer historischen Quelle, sondern eine Einladung zur Neulektüre eines nicht nur unproblematischen Textes, der aber, bei aller notwendiger Kritik, der österreichischen Literatur in ihrer Eigenständigkeit die wichtige Aufgabe der Auseinandersetzung mit dem NS-Terror zuschreibt. (hp/tb)

VOM WELLENGANG UNSERER LITERATUR VON OTTO KOENIG

Von alters her wird zuzeiten über den Verfall der Kultur und zumeist über den der am engsten mit dem Gedanken verknüpften Kunst, der Dichtkunst, der schönen Literatur geklagt.

Die erste dieser Klagen findet sich um die Mitte des 11. Jahrhunderts bei dem Kleriker Williram, in der Vorrede zu seiner freien Bearbeitung des Hohenliedes: Habsucht, Haß und Streit seien an Stelle der früheren geistigen Interessen und poetischen Bestrebungen getreten. – Dabei erscheint Willirams eigenes Werk selbst als Probe literarischer Verrottung, denn es ist eine unausgeglichene Sprach- und Gefühlsmischung zwischen Althochdeutsch und Latein, zwischen sinnlicher und geistiger Inbrunst. Damals bebte das gesamte deutsche Sprachgebiet unter Kaiser Heinrichs III. Kämpfen gegen Böhmen und Polen, gegen den Adel und gegen das von Benedikt IX. auf das übelste repräsentierte Papsttum. Es ging da hart auf hart um die kaiserliche Reichsmacht.

Eine ähnliche Situation findet sich um das Jahr 1350. Zwischen furchtbaren Pestepidemien, Hexenverbrennungen, grausamen Ketzergerichten und blutrünstigen Judenverfolgungen krächzen nur ganz wenige kränkelnde Musen ein

ärmliches mißtönendes Lied; poetische Werte schaffen lediglich einige – übrigens bald wieder verstummende Mystiker. Der Literaturhistoriker Goedeke charakterisierte den damaligen Zustand in folgenden Worten: „Rasches, allgemeines und tiefes Absinken von der Höhe bezeichnet die Dichtung dieses Abschnittes. Alle Dichtung klagt über Verfall und blickt auf die großen Meister zurück. Die Welt im allgemeinen wendet sich von den Dichtern ab.“

Und im 17. Jahrhundert, zu Ende und nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges stehen wir in einer geradezu notorischen Verfallsperiode der deutschen Dichtung, in der trotz oder vielleicht auch wegen fleißigster, gelehrter Betriebsamkeit allein Andreas Gryphius, Christian Grimmelshausen und – in Beschränkung auf mystische Didaktik – Johann Scheffler, der „schlesische Bot“, wertvollere Dichtungen von dauernder Bedeutung schufen.

„Innerhalb dieses Zeitraumes verschwindet die Teilnahme des Volkes an seiner Literatur fast gänzlich!“ sagt Goedeke. Und nach aber dreihundert Jahren sind wir heute wieder einmal so weit!

Bald nach der Jahrhundertwende, als man allgemach zu spüren und einzusehen begann, daß der ja gewiß kunsterziehlische Naturalismus höchste Erfüllungen allein aus sich heraus doch nicht zu bringen vermochte, fing man bang zu fragen an: Stirbt die Kunst? Geht unsere Dichtung zugrunde?

Auch Stephan Großmann stellte diese Frage im Feuilleton der „Arbeiter-Zeitung“, und der Schreiber dieses Aufsatzes beschäftigte sich mit ihr ebenda (am 8. Oktober 1912) und verneinte sie, sagte aber voraus, daß der Niedergang dichterischer Leistung samt dem Publikumsinteresse an ihr bis zur Jahrhundertmitte andauern werde.

Genau so kam's! Wir stehen – die gegenwärtig wirkenden Dichter und Schriftsteller hören's ungern und glauben's selbstverständlich auch nicht – an einem Tiefpunkt der literarischen Produktion, auf den Willirams Klage und die oben aufgeführten Goedeke-Zitate vollinhaltlich passen. Die augenblickliche buchhändlerische Konjunktur bedeutet auch kein verständnisinniges Interesse, sondern wahllos gewordene Kaufgier. Was wird heute nicht gekauft! „Sogar“ Bücher! Die Produktion aber übersteigt qualitativ nur ganz selten ein mäßiges Mittelmaß. Die Zahl der kleinen Dichter, die ihre distanzlosen Interjektionen für Offenbarungen poetischer Ei-

genart und Kraft halten, ist Legion. In dieser Hinsicht steht es genau so „trostlos-üppig“ wie in den Dichtergesellschaften des Barocks vor drei Jahrhunderten, nur diesmal aus guten Gründen ohne gelehrte Präntensionen.

Nun, daran ist eben der verfluchte Krieg schuld und die verruchte Hitlerei! – Gewiß, das steht außer Zweifel. Vor den Kulturverfallszeiten der geschichtlichen Vergangenheit standen ja stets politische und wirtschaftliche Fallissements mit Hunger, Not und grausigem Blutfluß. Im 17. Jahrhundert der Dreißigjährige Krieg, die Inquisitions- und Seuchenzeit im 14. Jahrhundert, und wieder dreihundert Jahre vorher die unaufhörlichen Kriegswirren unter dem Schwarzen Heinrich.

Aber schon daß solche entsetzliche Kriegszeiten und Gewaltperioden sich regelmäßig alle drei Jahrhunderte wiederholen, wäre eine Erscheinung, die dazu verlocken könnte, sich mit dem resignativen Verlegenheitswort „Zufall“ nicht zu begnügen. Nur – gerade mit dieser Regelmäßigkeit ist es nicht so sicher! Kriegsläufe und Notzeiten haben die der deutschen Sprachgenossenschaft angehörigen Stämme auch zwischendurch erlitten, durchlebt und – herbeigeführt. So fällt die literarhistorische Blütezeit der ritterlichhöfischen Epik und Lyrik in die Zeit, da die Deutschen von einem bis zur aberwitzigen Massenhypnose von Kinderkreuzzügen gesteigerten Orientkriegsfieber gegen die „Ungläubigen“ erfaßt waren. Die Blütezeit der Literatur des deutschen Humanismus und der Reformation deckt sich wieder mit der Zeit des großen Bauernkrieges und des erbitterten Kampfes des Niederadels gegen aufkommende Fürstenmacht, und die der klassischen Blüte um 1800 unmittelbar antithetisch nachstürzende, wohl reaktionäre, aber poetisch so schöpferische Romantik erblühte gar herrlich während der Napoleonischen Kriege. Kriegsnöte können also nicht als die alleinigen Ursachen literarischer Mangelperioden gelten. Sie sind eher als Auslöser und Verstärker anzusehen.

Wenn nun aber Tiefpunkte, Zeiten der Mindestteilnahme und qualitativer Minderproduktion feststellbar sind, dann müssen auch Höhepunkte, eben Blütezeiten, der schönen Literatur und ihres Anwerts kenntlich sein. Die liegen nun stets recht genau in der Mitte der Zeitintervalle zwischen den Tiefpunkten: Um 1200, nach 1500, um 1800. Und wenn wir diese eigenartige Periodizität zeitlich rückwärts verfolgen wollen, dann finden wir just so um 900 herum noch eine ansehnliche Anschwellung literarischer Leistung, die vom „Heliant“ und „Christ“ über das „Ludwigslied“ bis zur „Gandershei-

mer Hroswith“ als Propagandaliteratur des Christentums mit der humanistisch-reformatorischen nach 1500 gewisse charakteristische Ähnlichkeiten aufweist.

Die Blüteperioden vor und nach 900, um 1200, nach 1500 und um 1800 gehören nämlich abwechselnd zwei voneinander verschiedenen Typen an. Die Autoren der christlichen Propagandaliteratur vor 900 und die der humanistischen, der lutherischen und antilutherischen nach 1500 gebrauchen Dichtung und Schriftstellerei fast ausschließlich als Schwert im Kampf der Geister. Weltanschauungspropaganda wird da betrieben zur geistigen Gestaltung künftiger Generationen, oft sorglos in der Form, in betont männlich energischen, ja, wie es der Literatur des 16. Jahrhunderts ausdrücklich und mit Recht nachgesagt wird, in „grobianischen“ Tönen. Die behandelten Stoffe sind vorwiegend hochaktuell.

Die poetischen Blütezeiten von 1200 und 1800 aber sind ausgesprochen ästhetisch gerichtet, Man suchte „in der schönen Form die schöne Seele“, und im Mittelpunkt des dichterischen Interesses steht die Frau. Die behandelten Stoffe sind vorwiegend historisch.

900 (1050), 1200 (1350), 1500 (1650), 1800 (1950) !

Das sind acht Glieder einer arithmetischen Reihe, welche die Schwingungslinie unserer Literaturentwicklung schematisch bezeichnen, wobei 1200 und 1800 Wellenberge einer vom Ewigweiblichen hinangezogenen ästhetischen Richtung, 900 und 1500 die zeitlich minder konzentrierten Erhebungen männlich polemischer Einstellung darstellen, während die Zwischenzahlen 1050, 1350, 1650, 1950 die neutralen Durchgangspunkte der Wellenlinien auf ihrem Weg von Berg zu Gegenberg, also Tiefpunkte der Nachfrage und des Angebots im dichterischen Austauschverkehr angeben.

„Es“ schwingt gleichsam wie ein Pendel vom Punkt äußersten Ausschlages rechts über den Ruhetiefpunkt zum Punkt äußersten Ausschlages links. Schon dreimal ging's so hin und her und jedes Hin und jedes Her dauerte 300 Jahre.

Nichts Metaphysisches, nichts Mystisches erschließt sich mit der Beobachtung solcher Periodizität, die schon Wilhelm Scherer ahnungsvoll mit seinem Bild von den „Zähnen einer Säge“ ungefähr andeutete. Wir kennen ja noch sehr, sehr viele Arten von Wellenströmen nicht, die Weltall, Tierwelt und Menschheit durchfluten. Und bei den wenigsten von denen,

die wir kennen, vermögen wir letzte Ursachen anzugeben. Wie sollten wir bei einem Wellenphänomen, dessen Schwingungsweiten durch Jahrhunderte reichen und erst nach Generationen erkennbar werden, sofort klar sehen? Vielleicht sind ihre Ursachen im Biologischen, im Phylogenetischen zu suchen, etwa in einer übersäkular wiederkehrenden Veränderung der Keimzellensubstanzen, der Apparatur der Gene! Zweifellos wirkt das ökonomische Prinzip der Wechselwirkung von Nachfrage und Angebot mit, so zwar, daß das echte, große, das ist das umfassende Genie sich in Zeiten des allgemeinen Desinteresses an schöner Literatur und Poesie eben anderen, geschätzteren Betätigungen zuwendet (wie gegenwärtig den Naturwissenschaften und der Technik), so daß in solchen Epochen nur einseitige Begabungen für den literarischen „Betrieb“ übrigbleiben.

Wie dem auch sei: Die regelhafte Wellung im Ablauf der deutschen Literatur ist deutlich offenbar. Nur Einsichtsunwille, nur subjektive Gebundenheit vermag sie zu leugnen.

Und wenn dieses Phänomen auch nur durch ein im Metaphysischen verankertes „Gesetz der Serie“, das wir obenhin „Zufall“ nennen, deutbar wäre, haben wir dennoch mitten im vierten Pendelschwung das Recht zu einem Analogieschluß: Als an einem Tiefpunkt poetischer Schöpfung und Schätzung des Poetischen Stehende haben wir zuversichtlich Aufschwung zu erwarten. Dr. Edwin Rollett, der in seiner aus einem ernst zuversichtlichen Vortrag erwachsenen, überaus aufschlußreichen und eindrucksvollen Broschüre „Österreichische Gegenwartsliteratur, Aufgabe, Lage, Forderung“ besonders das österreichische Schrifttum mit sorglicher Liebe umhegt und allzu sehnsuchtsoptimistisch von unseren ganz, ganz wenigen Dichtern über Mittelmaß jetzt schon große, wertbeständige literarische Bearbeitung der jüngsten Schreckensvergangenheit fordert, sieht sehr richtig verheißungsvolle Symptome in der Bühnendichtung und setzt begründete Hoffnungen in die Lyrik. Schon die entschiedene Forderung nach dichterischer Gestaltung der uns noch nur allzu gegenwärtigen Terrorproblematik, also eine Forderung nach Aktualität, die ein so erfahrener und gereifter Schriftsteller ganz im Sinne unseres sehr spärlichen, jüngsten Literaturnachwuchses erhebt, ist ein solches verheißungsvolles Symptom. Und der Wille der Jugend zur offenbaren Tendenz in der Dichtung, ihre trotz augenblicklicher Sonett-Hausse unverhehlbare Neigung zur metrischen, phonetischen und rhetorischen Sorglosigkeit ist ein anderes.

Denn alle diese Anzeichen weisen einhellig in die Richtung der oben vorgezeichneten, bevorstehenden Trift. Sie entsprechen so genau der aus den literaturgeschichtlichen Abläufen erschlossenen Hypothetik, daß die zukünftige Entwicklung mit den Worten meines vor nahezu fünfundsiebzig Jahren veröffentlichten Aufsatzes auch heute noch zutreffend gekennzeichnet werden kann: „Um 1950 neuer Aufstieg der Literaturwelle nach der männlich polemischen Seite hin mit einer Blüteperiode um 2100, da die Literatur, wieder im Dienste großer Weltanschauungskämpfe und Kulturumwälzungen stehend, in der Form dürftig, im Gedankeninhalt gewaltig, die Bahnen der Renaissance und des Humanismus auf höherer Ebene wiederholt.“

Was aber hätte solche Periodentheorie, die, wie schon der Philosoph des Marxismus, unser verewigter Dr. Max Adler, auf einer Volksbildungstagung des Jahres 1931 feststellte, den Lehren des Marxismus nicht widerspricht, uns als Sozialisten zu sagen?

Sehr Bedeutsames!

Es wäre nachgerade widersinnig, wollte man annehmen, daß es sich auf jener höheren Ebene um 2100 noch oder nochmals um weltanschauliche Neuordnung der kapitalistisch bürgerlichen Gesellschaft handeln könnte, die ja um 1500 ihre geistigen Eröffnungsschlachten schlug und um 1800 das Hochfest ihrer geistigen Entfaltung feierte, sondern es ist schon sehr stark zu vermuten, daß es um die Wende des 21. Jahrhunderts nur mehr um die geistige Gestaltung einer sozialen Gesellschaft gehen kann.

Unsere Literatur hat in einem streng gesetzmäßig erscheinenden Entwicklungsgang Blüten der geistlich-mönchischen, der feudal-ritterlichen, der geldwirtschaftlich-bürgerlichen Gesellschaft gezeitigt. In den Zeiten der Übergänge schoben sich poetische Erhebungen der Unterdrückten ein: Die vom Bauernkrieg (1525) nahezu ausgerottete bäuerliche, in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts eine vom Nationalsozialismus und seinem Weltkrieg aufs schwerste gestörte Arbeiterdichtung. Es muß schon mit höchster Wahrscheinlichkeit geschlossen werden, daß die vorauszu sehende, nach hundert Jahren ihrem Höhepunkt zustrebende, neue kraftvoll propagandistische Weltanschauungsdichtung der Kulturformung einer schon klassenlosen Gesellschaft zugehören und dienen wird.

Welche Ausblicke, welche Zuversicht schon für die geschichtlich so kurze Zeit von nur hunderfünfzig Jahren! Nur wer nach Kinderart die geschichtliche Spannweite eines kurzen Menschenlebens überschätzt, nur Kinder, die den ersehnten Traumpalast fertigstehend erschauen wollen, ehe sie noch ihre Bausteine zusammentragen, nur „Kinder, die hören's nicht gerne“.

Auf dem Weg in die ZUKUNFT!



**DIENSTAG, DER 21. SEPTEMBER 2021, 18:30 UHR:
75 JAHRE ZUKUNFT**

Anlässlich des Jubiläums der ZUKUNFT, die nun seit 75 Jahren erscheint, werden wir mit kompetenten Gästen die Geschichte unserer Zeitschrift, ihren (politischen) Aktualitätsbezug und auch die Zukunft der ZUKUNFT diskutieren. Dabei soll es um die Rolle und Funktion unserer Diskussionszeitschrift im Rahmen der Sozialdemokratie genauso gehen wie um progressive Ideologie und Programmatik. Welche Themen soll die ZUKUNFT aufnehmen? Welche Impulse sind nötig, um die Sozialdemokratie neu auszurichten? Wir laden unsere Leser*innen dazu ein, sich einzubringen, Fragen zu stellen und mitzudiskutieren!

**DIENSTAG, DER 19. OKTOBER 2021, 18:30 UHR:
GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE**

Seit jeher ist die Frage nach der (Un-)Gerechtigkeit der Geschlechterverhältnisse eine, welche die Sozialdemokratie mit großem Engagement verfolgt. Geschlechtergerechtigkeit ist auf so vielen Ebenen ein prägendes Thema, dass es aus unterschiedlichsten Blickwinkeln beleuchtet werden kann und muss. Diese Ausgabe der ZUKUNFT und die damit verbundene Diskussion stellt daher verschiedenste Facetten dieser Thematik in den Mittelpunkt und zeigt auf wie vielschichtig der Diskurs sein muss, um nachhaltige Änderungen und Verbesserungen erzielen zu können. Wir freuen uns auf ein hochkarätiges Podium!

Nähere Informationen und die Links zur jeweiligen Veranstaltung unter: <https://diezukunft.at/veranstaltungen/>

AUCH IM VA VERLAG ERSCHIENEN



Eine philatelistische Zeitreise zu 75 Jahren WGB

DER WELTGEWERKSCHAFTSBUND (WGB) FEIERT HEUER SEINEN 75. GEBURTSTAG. MANCHE FORDERUNGEN DER ERSTEN JAHRE NACH SEINER GRÜNDUNG SIND NACH WIE VOR AKTUELL. DIESEM JUBILÄUM LIEGT DIE IDEE DER VORLIEGENDEN BROSCHÜRE ZU GRUNDE.

DIE KURZE ABHANDLUNG DER SEHR UMFANGREICHEN GESCHICHTE DES WGB BASIERT VOR ALLEM AUF DER ERZÄHLUNG DER 17 WELTKONGRESSE DES WGB, SIE STELLEN HIER DIE MEILENSTEINE DER ENTWICKLUNG UND DER GEZEIGTEN BRIEFMARKEN DAR.



DIE WIENER STRASSENBAHNER GALTEN IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT ALS EINE DER SPEERSPITZEN DER SOZIALDEMOKRATIE. ES VERWUNDERT DAHER NICHT, DASS SICH AUF PRAKTISCH ALLEN BAHNHÖFEN SCHUTZBUNDGRUPPEN, SOGENANNT STRASSENBAHNER, BEFANDEN. INSBESONDERE IN FLORIDSORF WAREN DIE STRASSENBAHNER DIREKT IN KAMPFHANDLUNGEN DES FEBRUAR 1934 VERSTRICKT. HIER WURDEN AUCH ZWEI STRASSENBAHNER VON EINEM EILIG EINBERUFENEN STANDGERICHT ZUM TODE VERURTEILT, IN LETZTER MINUTE ABER BEGNADIGT. IN DIESER BROSCHÜRE WERDEN AUS DEM BLICKWINKEL DIESER BERUFSGRUPPE DIE HEFTIGEN AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE WIEDERHERSTELLUNG DER VON DER REGIERUNG DOLLFUSS DEMONTIERTEN DEMOKRATIE BESCHRIEBEN.

BESTELLUNG

SOLANGE DER VORRAT REICHT

**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**

**VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstrasse 305/3
1110 Wien**

ICH BESTELLE "ROTE PHILATELIE"
7,90 € INKL. MWST ZZGL. VERPACKUNG UND VERSAND 2,00 €

ICH BESTELLE "WIENER STRASSENBAHNER IM FEBRUAR 1934"
PREIS 5,-- INKL. MWST ZZGL. VERPACKUNG UND VERSAND 2,00 €

NAME: _____

STRASSE: _____

ORT/PLZ: _____

TEL.: _____

E-MAIL: _____ UNTERSCHRIFT: _____

ODER BESTELLUNG PER E-MAIL AN DEN VERLAG: OFFICE@VAVERLAG.AT



KAUM EIN ANDERES SYMBOL EINT DIE INTERNATIONALE ARBEITERBEWEGUNG SO STARK, WIE DIE 1871 IM NACH-REVOLUTIONÄREN PARIS VERFASSTE „INTERNATIONALE“. IM ANGESICHT DER NIEDERLAGE DES FRANZÖSISCHEN PROLETARIATS, WÄHREND TAUSENDE KÄMPFERINNEN UND KÄMPFER DER COMMUNE VON DER REAKTION ERMORDET WURDEN, MACHTE SICH, ÄNGSTLICH IM VERSTECK SITZEND, EUGENE POTTIER DARAN EIN TROTZIGES, HOFFUNGSFROHES KAMPFLIED ZU SCHREIBEN. SO ENTSTAND NICHT NUR DIE WELTWEITE HYMNE EINER STOLZEN BEWEGUNG, SONDERN EIN KAMPFLIED VON MILLIONEN BEWUSSTER ARBEITNERINNEN UND ARBEITNEHMER AUF DER GANZEN WELT.

BESTELLUNG

SOLANGE DER VORRAT REICHT

**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**

**VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstrasse 305/3
1110 Wien**

ICH BESTELLE "EIN LIED BEWEGT DIE WELT"
7,90 € INKL. MWST ZZGL. VERPACKUNG UND VERSAND 2,00 €

NAME: _____

STRASSE: _____

ORT/PLZ: _____

TEL.: _____

E-MAIL: _____ UNTERSCHRIFT: _____

ODER BESTELLUNG PER E-MAIL AN DEN VERLAG: OFFICE@VAVERLAG.AT